

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 36 Mark für ein Jahr. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte 10 Pf. Die „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: Kallé.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheftete Kolonelle ober deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen: das festgedruckte Wort 30 Pf., (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengische und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Märkte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Der Fall Stoecker.

Es hat im Dezember vorigen Jahres weit über die Sozialdemokratie hinaus Aufsehen erregt, als bekannt wurde, daß dem Genossen Walter Stoecker in Köln wegen seiner agitatorischen Betätigung für die Sozialdemokratie die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst entzogen worden ist. Die Angelegenheit hat auch zu einer Anfrage im Deutschen Reichstage geführt, die von den Genossen Heinrich Schulz und Hofrichter an den Kriegsminister gerichtet wurde. Der Vertreter des Ministers hat damals eine inhaltliche Antwort gegeben, jetzt aber ist die Ungefährlichkeit durch ein Dokument geklärt worden, das die Unterzeichnung von zwei preussischen Ministern trägt. Das Schriftstück lautet:

Kriegsministerium
 Nr. 98/14, g A 9 des R. 2
 Nr. V. 489 des R. d. J.

Berlin B. 66, den 18. Februar 1914. Leipziger Straße 5.

Wir sind nicht in der Lage, die Entscheidung der Erfassungsbehörde dritter Instanz in Koblenz, durch die Ihnen die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst entzogen worden ist, abzuändern, weil die Art Ihrer agitatorischen Betätigung im staatsfeindlichen Sinne nach dem Ergebnis der angestellten Ermittlungen, die nach § 10 des Wehrgesetzes für den einjährig-freiwilligen Dienst nötige moralische Qualifikation Ihnen zuzurechnen nicht gestattet.

Ihre an das Kriegsministerium gerichtete Beschwerde vom 25. September 1913 und dessen Vorbehalt vom 13. Dezember 1913, Nr. 767/11, L. A 9 II, Ang. finden hierdurch ihre Erledigung.

Die Minister

des Innern:

Dallwitz.

Desen Walter Stoecker.
Adm-Deut.

des Krieges:

Falkenhahn

Zur Vorgeschichte sei bemerkt, daß Stoecker sich mehrere Jahre in der freien Jugendbewegung an führender Stelle betätigte und dann etwa ein Jahr als Berichterstatter in der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ tätig war. Im vergangenen Sommer erhielt er die Mitteilung, daß ihm von der unteren Erfassungsbehörde (Aushebungsbezirk Köln) die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst entzogen worden sei, und er sich also im ordentlichen Aushebungsverfahren zu stellen habe. Da keinerlei Gründe für diese Maßregel angegeben waren, wandte sich Stoecker an die Erfassungskommission mit der Bitte um nähere Auskunft. Nach acht Wochen bekam er durch den Polizeikommissar seines Bezirks die mündliche Nachricht, daß ihm der Berechtigungsschein entzogen worden sei wegen seiner Betätigung in der Sozialdemokratie. Zugleich wurde auf den § 93 der Wehrordnung in Verbindung mit einer Verfügung der zuständigen Ministerialinstanzen vom 31. Mai 1895 hingewiesen, aus denen sich die Entziehung begründen lasse. Der § 93 der Wehrordnung gibt der Erfassungsbehörde das Recht, jemand den Berechtigungsschein zu entziehen, wenn er bestraft ist, ferner aber auch bei Nichtbestrafung, wenn der Betreffende beim Eintritt in den Dienst nicht mehr über die nötige moralische Qualifikation verfügt.

Die Kölner Erfassungskommission weigerte sich, Stoecker die angeführte Ordonnanz von 1895 zugänglich zu machen, da es sich um eine geheime dienstliche Verfügung handele. Ein unterer Beamter der Kommission sagte ihm dabei, daß jene Verfügung den Begriff der moralischen Qualifikation in bezug auf die agitatorische Tätigkeit in der Sozialdemokratie näher erläutere.

Netzt liegt also die Entscheidung der höchsten Instanzen vor. An dieser ist neu, daß Stoecker die moralische Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Dienst nicht mehr durch seine sozialdemokratische Betätigung schlechthin verloren hat, sondern durch die Art seiner agitatorischen Betätigung im staatsfeindlichen Sinne. Dadurch wird die unerhörte Herausforderung, die sich zwei Finanzminister der Sozialdemokratie gegenüber erlaubten, nicht besser und nicht gefährlicher, denn die Art der Stoecker'schen Agitation hat sich niemals in ungeheureren Bahnen bewegt. Genosse Stoecker ist wegen seiner Agitation nie mit einer Strafe belegt worden, hat überhaupt in seinem ganzen bisherigen Leben noch nicht einmal die geringste Polizeistrafe erlitten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man mit der Art der agitatorischen Betätigung die Arbeit für die freie Jugendbewegung gemeint ist. Der Schluß ist schon deshalb zulässig, weil ja auch der Fall Düwelle sich durch die Betätigung Düwelle's in der freien Jugendbewegung entwickelt hat. Im Falle Düwelle konnte die Regierung aber noch einen kümmerlichen Schein des Rechts für sich in Anspruch nehmen, weil der junge Düwelle eine kleine Geldstrafe erhalten hat. Bei dem bößigen unbestraften und unbescholtene Genossen Stoecker steht aber die nackte brutale Ungefährlichkeit vor uns!

Vergleiche liegen nahe. Bonner Vorurteil und sonstige feudale Studenten, die ihre Jugend in alkoholischen und

seuellen Orgien zubringen, verlieren nicht nur nicht die Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Dienst, sondern bleiben würdig, als Offiziere den dreimal heiligen Rod des Königs zu tragen und zu den höchsten Stellen im Staate aufzurücken. Ein junger abstinenter Sozialdemokrat, der seine Jugendjahre mit der Agitation gegen den Alkohol, gegen die Schundliteratur und andere Jugendfeinde zubringt, der die jungen Arbeiter zu Wanderungen hinausführt oder sich auf dem Sportplatz mit ihnen tummelt, soll wegen der Art dieser Betätigung moralisch minderwertig geworden sein. Es gehört die ganze Unverfrorenheit der preussischen Junkerregierung dazu, eine solche Ungeheuerlichkeit zu stützen und zu decken. Das preussische Volk wird, soweit es überhaupt noch zu einem rechtlichen Denken fähig ist, diesen Herrschaften selbst die moralische und sonstige Qualifikation absprechen, derartige Verfügungen zu erlassen!

Der Fall Stoecker wird ja ohne Zweifel die Parlamente noch ernstlich beschäftigen. Es wird sich zeigen, ob das Zentrum und die Liberalen auch diese junkerliche Annahme verteidigen werden. In der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“ ist allerdings meulich schon ein genialer Ausweg für die Zukunft gefunden worden. Das Blatt schlug vor, man solle die Fassung der betreffenden Bestimmung im Wehrgesetz dahin ändern, daß in der Person des Betreffenden die Hinderungsgründe für den einjährig-freiwilligen Dienst lägen. Dann brauche man nicht mehr das Verleugende der Anerkennung der nötigen moralischen Qualifikation.

Stoecker wird sich nun an diesem Donnerstag bei der allgemeinen Musterung dem Vaterlande zu stellen haben. Wir sind gespannt darauf, ob der moralisch minderwertige junge Mann doch noch ehrenhaft genug sein wird, dem Könige den Eid der Treue zu leisten und gegebenenfalls sein Blut für ein Vaterland zu verspritzen, dessen Regierung ihn mit solchen Beleidigungen regaliert hat.

Ein Berliner Polizeiaгент.

Gegen den Streifbrecher- und Polizeiagenten Keiling begann gestern vor dem Schwurgericht in Leitmeritz die Verhandlung wegen Ermordung des Maschinenmeisters Solinger. Einen ausführlichen Bericht unsere Leser an einer anderen Stelle des Blattes. Dieser Vertrauensmann der Arbeitgeber und, wie die Verhandlung abermals ergab, der Berliner Polizei, ist — abgesehen von anderen Verurteilungen — von den Gerichten in Berlin, Hamburg, Hannover und Stade wegen der größten Strafen Vergehen und Verbrechen zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt, so wegen Kuppelerei, wegen Hehlerei, 5mal wegen Betruges, 4mal wegen Diebstahls. Als Nebenstrafen hat er insgesamt vierzehn Jahre Ehrverlust erhalten und ist unter Polizeiaufsicht gestellt. Die Strafen hat dieser brave Mann freilich nicht alle abtun brauchen: er ist, wie er erklärte, wiederholt begnadigt, denn er ist eine brauchbare Stütze der herrschenden Klassen, ein feiner Vertrauensmann der Polizei wie des Arbeitgeberschutzverbandes. Er wohnt in Berlin im Hause eines Polizeirevieres und stand ständig im Dienste der Polizei, die ihm, wie er erklärte, „bei jedem Streif die Aufgabe zuweist, die Unruhestifter zu ermitteln“. Seine letzte Strafe hat er im Jahre 1912 als Polizeiaгент wegen Nötigung erhalten, verübt durch Anbelung eines Unschuldigen. Bergelich suchte neulich im Abgeordnetenhaus der Polizeiminister v. Dallwitz diesen Ehrenmann von den Rodschöpfen der Polizei abzuschießen. Er, der unter Polizeiaufsicht gestellte, steht bei der Polizei in Affordarbeit, nicht minder beim Arbeitgeberverband. Auf Fragen des Vertreters der Nebenklägerin, des Advokaten Knöpfmacher, erklärte Keiling: er stehe in einem festen Vertrag mit dem Arbeitgeber-Schutzverband in Berlin. Nach diesem Vertrag erhält er für die Vermittlung jedes Arbeitswilligen 20 Mark. Nehmen die Arbeitswilligen die Arbeit nicht an, so erhalte er nichts und müsse die Auslagen aus seiner Tasche selbst bezahlen. Die Furcht, seine Provision zu verlieren, meinte treffend Dr. Knöpfmacher, erklärt die Aufregung, daß ein Arbeitswilliger ihm absipentig gemacht werden könnte.

Der Angeklagte suchte erst Notwehr geltend zu machen, ließ diesen Einwand aber fallen, als er sah, daß es mit dieser Lüge nichts sei, weil die Obduktion ergeben hatte, daß aus einer Entfernung von mindestens 60 Zentimeter geschossen war. Er meinte dann, die Waffe sei ohne sein Zutun losgegangen. Nach den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen, auch des Arbeitswilligen Hinz, den Keiling gedungen hatte, sowie des Polizeiwachtmasters, war der Vorgang so: Schon auf dem Wege von Bodenbach nach Tetschen erklärte Keiling, er werde jeden niederstchießen, wer sich ihm nähere. In Tetschen traten Buchdrucker höflich an Hinz heran mit der Bitte, die Arbeit nicht aufzunehmen, da gestreift werde. Keiling zog darauf seinen Revolver, drohte zu schießen und schoß darauf den Maschinenmeister Solinger tot.

Die Verhandlung wird wohl heute beendet werden. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß der Mörder verurteilt werden wird, da Leitmeritz nicht in Deutschland liegt. Leider können nicht auch die Verionen als Helfershelfer des Mordbuben auf

die Anklagebank in Leitmeritz kommen, die das gemeingefährliche Gewerbe dieses Agenten der Polizei und des Arbeitgeberverbandes durch Geld und in anderer Weise unterstützten.

Diese Mordbubenforste Keiling ist es, zu deren „Schutz“ die Konservativen die Erdrosselung des Koalitionsrechts der Arbeiter verlangen. Ein netter Schutzheiliger! Noch weitere Schutzpatrone!

Die weiße Salbe auf Zeche Minister Achenbach.

Die Darstellung von den Verhältnissen auf der Zeche Achenbach, die der Handelsminister bei der Besprechung der Interpellation im preussischen Landtage gab, war geeignet, den Anschein zu erwecken, als ob auf dieser Zeche allgemein alles in bester Ordnung gewesen wäre. Besonders der Hinweis, daß der königliche Einfahrer bei seiner Inspektion am 8. Januar „alles in Ordnung“ gefunden, und daß der Sicherheitsmann seit Juli vorigen Jahres nichts zu monieren gefunden, namentlich keine Schlagwetter festgestellt habe, muß in der Laientwelt zu der Auffassung führen, als ob im allgemeinen tatsächlich in sicherheitspolizeilicher Hinsicht kaum etwas verkannt worden sei.

Diese Annahme wird in der neuesten Nummer der „Vergarbeiter-Zeitung“ als irrig nachgewiesen, und zwar in viel bündiger Weise, als es bereits gelegentlich der parlamentarischen Besprechung und in der Presse geschehen konnte. Die Veröffentlichungen der „Vergarbeiter-Zeitung“ sind eine solche wichtige Ergänzung zur Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse im Bergbau und zur Kritik des gegenwärtigen Sicherheitsmännersystems, daß sie die Beachtung der breiteren Öffentlichkeit verdienen. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht zunächst einige Eintragungen eines Sicherheitsmannes ins sogenannte Fahrtenbuch. Dort heißt es unter dem 14. September 1910:

Hö 17, 1. Sohle, Querschlag, 80 Meter Lutten jurid. — Hö 18, 1. Sohle, Bremsberg, Teilschle, Bergerolle, 7 Meter Lutten jurid. — Hö 17, Teilschle, östl. Ueberbau, 8 Meter Lutten und 30 Meter Verteilungsleitung jurid. — Hö 15, sämtliche Ueberbau bis zur 2. Sohle entsprechen nicht den bergpolizeilichen Vorschriften. — Hö 17, 8. Sohle, östl. Pfeiler, oben in der 1. Sohle Schlagwetter.

Je nun, das ist schon lange her und ist gewiß auch behoben worden, könnte der Laie einwenden. Aber hören wir nur, was die Folge der pflichtgemäßen Eintragung war. Wir meinen für den Sicherheitsmann. Darüber heißt es in der „V.Z.“

„Die Arbeit aber wurde am andern Tage gestundet und der Sicherheitsmann in einen Stoßbaubetrieb verlegt, wo das Gedinge so niedrig gesetzt wurde, daß sich sein Bruder, der mit ihm zwanzig Jahre zusammen gearbeitet hatte, sofort wegmeldete.“ Es wird weiter berichtet, daß der Sicherheitsmann Stange hielt, sich aber wegen des miserablen Gedinges, das man ihm gesetzt, beschwerte. Zwar nicht ohne Erfolg, jedoch habe der Betriebsführer es sich nicht verlagern können, bei dieser Gelegenheit zu sagen: „Es ärgert mich bloß, daß Sie für andere den Kopf ins Loch halten; wenn Sie Augen davon hätten, ließe ich mir das was gefallen.“

Schlagwetter stellte dieser Sicherheitsmann auch bei der Besprechung am 23. September 1910 fest, wie aus dem Fahrbuch zu ersehen ist. Und zwar in Hö 17, 3. Sohle, östlicher Pfeiler und in Hö 16, östliche Abteilung; an beiden Stellen in der 1. Sohle. — Am 8. Oktober 1910 wurde dem Sicherheitsmann das Befahren eines Bremsberges vom Steiger wie vom Betriebsführer unter sagt. Es bedurfte erst einer Beschwerde beim Oberbergamt. Bei der abdem erfolgten Besichtigung hat der Steiger dem Sicherheitsmann Vorhaltungen gemacht, wie er so dumm sein könne, für andere die Kationen aus dem Feuer zu holen. Bei dieser Gelegenheit, so berichtet die „V.Z.“ weiter, sträubte der Steiger sich auch, einen bestimmten Betriebspunkt mit zu befahren. Als der Sicherheitsmann darauf bestand, hieß es: „Sie suchen wohl was gegen mich?“ — Und siehe, in dem fraglichen Querschlag stellte der Sicherheitsmann etwa 20 Meter Schlagwetter in der 1. Sohle fest. Desgleichen in einem anderen Querschlag! — Die folgende Szene, die in der „V.Z.“ geschildert wird, ist so charakteristisch, auch für die Verantwortung der Frage, weshalb viele festgestellten Unregelmäßigkeiten nicht ins Fahrtenbuch eingetragen werden, daß wir die Stelle wörtlich zitieren möchten:

„Der Steiger fiel bald auf den Rücken, warf Stod und Lampe weg und rief: Woher wissen Sie denn alles, ich sehe vor einem Käuel; wenn ich wüßte, daß Sie heimlich kontrolliert hätten, würde ich Sie beim Betriebsführer melden und Sie belämen unwiderruflich die Abfehr! — Der Sicherheitsmann sagte darauf ruhig, daß er sich nicht ins Hochhorn jagen lasse, sondern nur seine Pflicht tue. Darauf wurde der Steiger wieder klein und sagte: Legen Sie doch diese Sachen an die Seite, Sie stehen sich viel besser; der Betriebsführer und alle sind Ihnen gut gesonnen. Und dann denken Sie auch an meinen Beruf; wir Steiger können auch nicht, wie wir wollen. — Der Sicherheitsmann erwiderte: Ich will nicht zum doppelten Lumpen werden, ich will auch meinen Kameraden frei ins Auge schauen können. Der Steiger aber ließ nicht nach und dat: Dann tragen Sie doch wenigstens die Schlagwetter nicht ein. Ich will sofort Ordnung schaffen lassen. — Nach langem Hin- und Herreden ließ der Sicherheitsmann sich erweichen und nahm von der Eintragung der Schlagwetter Abstand.“

Noch eine Reihe späterer Feststellungen von erheblichen Schlagwetteranmahlungen und daraus resultierender Unannehmlichkeiten für den Sicherheitsmann werden in der „V.Z.“ geschildert. Der Märzfest 1912 gab willkommenen Gelegenheit, die gewissen-

Hatten Sicherheitsmänner zu entlassen. Nirgends im Gebiet belanden sie Arbeit; sie mußten ins eisfällische Kalirevier auswandern.

So werden die Sicherheitsmänner zu weißer Salbe zerrieben!

Um das Koalitionsrecht.

Ein Arbeitgeber bestraft.

Der seltene Fall, daß ein Arbeitgeber wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung bestraft wird, ist aus Lillst zu registrieren, freilich ist die Strafart und die Strafhöhe außerordentlich milde ausgefallen.

In Lillst schloß sich im vorigen Jahre während der Aussperrung der Maler, der Malermeister Augustus dem Arbeitgeberverbande nicht an. Das rief unter seinen Kollegen Entrüstung hervor. Als ihn der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Malermeister Weber, während des Kampfes gegen die Gefellen auf der Straße traf, erhielt er von dem Herrn Vorsitzenden einen Stoß mit dem Ellenbogen, daß er taumelte, die Hilfe der Ärzte in Anspruch nehmen mußte und längere Zeit unfähig war. Obwohl hier ein klarer Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung vorliegt, wurde Herr Weber, der Vorsitzende der Arbeiterorganisation, vom Schöffengericht nur zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Dieses erstaunlich gelinde Urteil wurde auch von der Strafkammer bestätigt.

Wieviele Monate Gefängnis hätte wohl ein Arbeiter erhalten, der in dieser Weise „terrorisierte“. Auch wenn er einen Arbeitswilligen nur wörtlich beleidigt hätte, wäre die Strafe der Art und der Höhe nach anders ausgefallen. Beschuldigt? Weil das Koalitionsrecht der Arbeiter für diese unentbehrlich ist oder weil der gemißhandelte Arbeitgeber die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkannt hatte? Aber, nein — das wäre ja klare Klassenjustiz! Warum also? Weil der Angeklagte ein Arbeitgeber war?

Politische Uebersicht.

Reichseisenbahnamt.

Aus dem Reichstag, 25. Februar: Der Etat des Reichseisenbahnamts ist heileibe nicht zu verwechseln mit dem Etat der Reichseisenbahnen. Das mußte der nationalliberale Prinz Schoenaich-Carolath heute zu seinem Schaben erfahren, der wader seine Ansichten über die Reichseisenbahnen auszusprechen begann und, vom Präsidenten auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht, betreibt das Feld räumte. Desto fittelfester und beschlagener zeigte sich Genosse Hasenzahl, der sich an der Hand konkreter Beispiele über die Betriebsicherheit der unterschiedlichen deutschen Bahnen ausließ und eine Reihe von Unfällen, abgesehen vom Versagen des Signalisierdienstes, auf die allzu ausgedehnte Arbeitszeit der Beamten zurückführte — so litten im letzten Jahre 34 Prozent des Lokomotivpersonals der hessisch-preussischen Eisenbahngemeinschaft mehr als die zehn Stunden Dienst hindereinander, die die Dienstordnung als Höchstzeit vorschreibt. Auch fertigte Genosse Hasenzahl den Nationalliberalen Schwabach gründlich ab, der bei der Beratung des Reichseisenbahnamts das Innere der Sozialdemokratie für die Eisenbahner gelegnet hatte. Herr Schwabach wußte auf diese Abfertigung nichts Positives zu erwidern und zitierte im übrigen den verstorbenen Genossen Singer, um die von niemand bestrittene Notwendigkeit des Reichseisenbahnamts zu beweisen. Der konservative v. Voehn klagte beweglich, daß das Hindernis bei der Eisenbahnbeförderung mancherlei Unzuträglichkeiten zu bestehen habe, und der Volksparteier Hasenzahl wandte sich, was auch Genosse Hasenzahl schon getan, gegen das Uebergewicht Preußens auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens. Was der Präsident des Reichseisenbahnamts Watzelganz auf die verschiedenen Klagen, Beschwerden und Anregungen zu sagen hatte, läßt sich im stenographischen Bericht des Vorjahres nachlesen. Der Zenträmmer Spedd machte zuletzt in Partikularismus, indem er sich gegen die Reichseisenbahngemeinschaft wandte.

Zu Beginn der Sitzung erstattete Genosse Koch Bericht über eine Anzahl Petitionen, darunter die der 300 000-Mark-Spende der Richard-Wagner-Stiftung, die abgelehnt wurde, und eine andere, die darthat, daß durch die Fälschung von Bohrereinfälschungen beim Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals durch einen Beamten einem Unternehmer ein Schaden von drei Millionen Mark entstanden ist!

Morgen: Weiterberatung.

Peukerts Memoiren.

II.

Peukerts Tugend und die Korruption beim Züricher Unterstufungsfonds.

In Zürich sah zur Zeit des Sozialistengesetzes auch die Verwaltung des Unterstufungsfonds für die im Ausland befindlichen Opfer des Sozialistengesetzes. Als die Gegenstände zur politischen „Freiheit“ immer stärker in Erscheinung traten, hatte Rost schon 1880 in der „Freiheit“ erst die Parole ausgegeben, nach Zürich keine Gelder mehr zu senden; später aber ging er noch so weit, vor Sammlung von Unterstufungsgeldern überhaupt zu widerprechen, weil das der revolutionären Bestimmung zuwiderlaufe und der Revolutionierung der Köpfe hinderlich sei.

Ende 1880 wies Peukert aus Paris abgewiesen worden. Er kam nach Basel, erfuhr dort natürlich sofort riesige Erfolge über die „Züricher“, dann ging er nach Zürich, um „Einblick in das beharren der dortigen Führer zu gewinnen und über die mannigfachen gemachten Beschlüssen über mißbräuchliche Verwendung des Unterstufungsfonds sich ein eigenes Urteil zu bilden.“ Esch peukertlich schreibt er:

Man behauptete, daß sehr bedürftige, gemahropelte Genossen abgewiesen werden, weil sie mit der revolutionären Richtung sympathisierten, während andere — Günstlinge der Führer — überreichlich bedacht würden.

Man behauptete also muß Herr Peukert, der Wahrheitsfanatiker, dem Draußen Korruption auf den Leib rücken. Er geht nach dem Bureau des „Sozialdemokrat“ in Göttingen, wofolbit sich nur Herr Obriß von der „Arbeiterstimme“ antreffe.“ Herr Obriß ist zwar niemals im Bureau des „Sozialdemokrat“ tätig gewesen, sondern — Herr Peukert war in der Expedition der „Arbeiterstimme“ in der Casinostraße gewesen; das Bureau des „Sozialdemokrat“ befand sich am oberen Wolfbach. Aber Herr Peukert muß im Bureau des „Sozialdemokrat“ gewesen sein, sonst hätte ja die Kolleg ihren Zweck verfehlt. Herr Obriß, der natürlich mit dem Unterstufungsfonds nichts zu tun hat, bestellt Herrn Peukert auf nachmittags 3 Uhr. Denn wer nicht als Genosse bekannt ist, kommt nicht nach dem oberen Wolfbach. Und nun phantastert Peukert:

„Punkt 3 Uhr fand ich die ganze illustre Gesellschaft des sozialdemokratischen Hauptquartiers anwesend: Bollmar, Mottelet, Bernstein, Herter, Obriß, Bürki, Kautsch, Schwarzhinger und drei bis vier andere, deren Namen mir unbekannt waren.“

Daran knüpft Peukert eine dramatische Szene, eine Art Ver-

Wie wäre es, Herr Raempff?

In Gfödenheim wurde dieser Tage in einer Versammlung des Bundes der Landwirte das Paradepferd Derteil vorgeführt. In seiner Rede vollumte es von satissam bekannten Späßen und Wäzchen, auch die Sammlungsschälmei ertönte zwischenrein, und gegen die Sozialdemokratie wurde — wie könnt' es anders sein! — mit schwerem Gewicht losgebollert. Besonders Interesse hat dabei nur folgende Stelle der Derteilichen Rede:

„Es gibt einige Sozialdemokraten, die bereiten ihre Angriffe gegen den Kaiser so hämisch vor, so niederträchtig und ekelhaft, daß der Reichstagspräsident keine formelle Möglichkeit zum Einsprechen findet. Ich verdenke es ihm dennoch, daß er nicht einschreitet. Er sollte es darauf ankommen lassen. Wenn ihn der Reichstag nicht unterstützt, so würde das zur Klärung beitragen.“ (Sehr richtig!)“

Seht Derteil! Seht konservativ! Wie hier dem Reichstagspräsidenten nahegelegt wird, ohne rechtlichen Grund gegen die Sozialdemokraten mit Ordnungsrufen zu wüten, also seine Amtsgewalt gräßlich zu mißbrauchen, so schreien unsere Junker auch herzhast danach, daß die Richter wider Recht und Gesetz, „im Interesse der Staatsnotwendigkeiten“ Sozialdemokraten auf gut Glück verurteilen, und so jubeln sie einem Obersten, der wider Recht und Gesetz mißliebige Bürger in den Pandurenkeller sperrt. Ueberall trampeln sie alles geschriebene und ungeschriebene Recht brutal zu Boden. Das Tragische aber ist, daß diese Aufforderung zum Rechtsbruch an einen Präsidenten gerichtet wird, der wahrhaftig an reaktionärer Parteilichkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt und der längst mit seinen verführten, verspäteten und unberichtigten Ordnungsrufen den gefährlichen Fluß der Lächerlichkeit auf sein Haupt herabgerufen hat. Aber Dank dem Haupte Didenburg? Herr Raempff wird wehmütigen Blicks den Bericht über Derteils Rede beiseite legen: Ich habe schon so viel für Dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt!

Sinkende Reichseinnahmen.

Die schlechte Konjunktur macht sich auch bei den Reichseinnahmen bemerkbar, man rechnet mit einem Ausfall von etwa 20 Millionen Mark gegenüber dem Etatsansatz. Bei der Spannung des Etats ist eine solche Mindereinnahme von erheblicher Bedeutung. Die Ausgaben sind gemacht, und es muß nun für Dedung gesorgt werden. Die Schuld an diesem Resultat trägt hauptsächlich die Mehrheit des Reichstages, die zur Dedung der laufenden Ausgaben ans Anlag der letzten Heeresvorlage einfach einzelne Etatstitel erhöht hat und damit Einnahmen kauf, die von vornherein nur auf dem Papier standen. So hat man die Einnahmen aus den Zölle einfach um 18 Millionen Mark höher angesehen; tatsächlich haben aber die Getreidezölle allein — infolge der ungünstigen Ernte — eine Mindereinnahme von 40 Millionen Mark gebracht. Auch der Stempel auf Wertpapiere lieferte statt der angelegten 11 Millionen nur 5 Millionen Mark. Mehreinnahmen brachten die Zundersteuer mit 16, die Zigarettensteuer mit 5, die Brausteuer mit 6, die Salzsteuer mit 3 Millionen Mark. Trotzdem bleibt ein Defizit von 20 Millionen Mark, das sich noch vergrößert, falls, wie zu erwarten ist, bei den Ausgaben erhebliche Ueberschreitungen vorgekommen sind.

Ein ultramontanes Märchen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer folgende Notiz:

„Unter Bezugnahme auf Verhandlungen, die im Laufe der letzten Wochen von der Reichsfinanzverwaltung mit Vertretern aller größeren Parteien des Reichstages über die Umgestaltung der in den Kommissionsbeschlüssen vorgesehenen Organisation für die zu errichtende Betriebsgesellschaft mit Leudtölz stattgefunden haben, glaubt eine parlamentarische Zeitschrift an die „Köln. Volkszeitung“ vom 21. d. M. den Abschluß eines Kompromisses zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Partei mitteilen zu können, durch welches sich die Regierung für ein Entgegenkommen gegen sozialdemokratische Wünsche hinsichtlich einer obligatorischen Organisation der Petroleumarbeiter und Angestellten das Einverständnis dieser Partei mit einer Vertierung des Leudtölz zugunsten der Reichsarmee verschaffe. Diese Mitteilung wie die daran geknüpfte Betrachtung entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage.“

Wir verstehen nicht recht, warum die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ das schöne Märchen der „Köln. Volksztg.“ formell und offiziell demontiert; denn kein vernünftiger Mensch dürfte das alberne Geschwätz des Kölner Blattes ernst genommen haben.

hör in Frage- und Antwortform, das es „wortgetreue Wiedergabe“ nennt und innerhalb dessen Verlauf er — das unschuldige Lämmlein — von dem ach! so brutalen und ach! so hochmütigen Genossen Bernstein fürchterlich mißhandelt worden sei, weil dieser ihm — und mit allem Recht — ins Gesicht gesagt habe, daß er nichts zu beanspruchen habe.

Es ist möglich, daß Peukert in Göttingen Unterstützung beansprucht hat; wahrscheinlich ist es, daß er abgewiesen worden ist, weil es ein Stück Unverschämtheit war, von den „Zürichern“, die er bekämpfte und verleumdete, Unterstützung zu beanspruchen, nachdem die „Freiheit“ aufgefordert hatte, keine Gelder mehr nach Zürich zu senden, und weil in der Tat von den Köstianern auch schon seit langem kein Pfennig mehr geschickt wurde. Alles andere ist frech erlogen. Niemand haben „Hertz, Obriß, Bürki, Kautsch, Schwarzhinger und drei bis vier andere“ mit der Verwaltung des Unterstufungsfonds etwas zu tun gehabt, niemals hat man sie zu bezerrigen Sitzungen herangezogen — und nun gar Peukerts wegen, im Jahre 1880! Damals war Peukert wirklich noch nicht so „gefürchtet“, wie er — sich später einbildete.

In einer anderen Stelle seines Buches (S. 66) schwelgt Peukert in der Erinnerung eines großen Sieges, den er in einer Versammlung in Basel erlitten hatte. „Von den „Zürichern“ waren Bollmar, Bernstein, Bürki, Seubert, Hertz, Gutsmann als Redner da, welchen ich von unserer Seite allein gegenüberstand.“ Das war ein Polkawitzig. Denn diese Versammlung in Basel hat niemals stattgefunden. Einmal war solche Verwendung von Redekräften auch damals nicht üblich, dann war Hertz überhaupt kein Redner, Bürki trat niemals in solchen öffentlichen Versammlungen als Redner auf, mischte sich grundsätzlich in diesen Kampf nicht ein, und Bernstein ist niemals in Basel dem Peukert entgegengetreten, weder allein noch in solcher „Muster Gesellschaft“.

Eine nichtwürdige Verleumdung Peukerts.

„Als Reindorf in Gemeinschaft mit Genossen Berner (1880) nach Berlin ging, um dort eine geheime Druckerei einzurichten, stand im Züricher „Sozialdemokrat“, Reindorf sei in Berlin, „um im Auftrage der Polizei ein Dynamitentatentat auszuführen.“ Die Genossen sollen sich in acht nehmen.“ Das genügt natürlich der Polizei, Reindorf zu verhaften, den ganzen Plan zu bereisteln, ihn monatelang wegen Dynamiterei in Untersuchungshaft zu halten und auf den „Schub“ zu bringen.“

So schreibt Landmanns „Ehrenmann“ Peukert auf Seite 202. Man beachte: Peukert zitiert unter Einführungszeichen, so daß jeder

Schiemanns Küftung.

Man erinnert sich, daß vor 14 Tagen Professor Schiemann in der „Kreuzzeitung“ für die deutsch-englische Allianz eintrat, durch die alle Schwierigkeiten der europäischen wie der Weltpolitik in die Bahnen ruhiger und gedeßlicher Entwicklung gelenkt werden könnten. Um dieses Bündnis zu erreichen, bedürfte es nichts als eines starken Willens, der sich über persönliche Eitelkeits- und Empfindlichkeitsfragen hinwegsetzen könne.

Diese Ausführungen des Kreuzzeitungs-Rundschauers erregten bei seinen eigenen politischen Freunden peinliches Aufsehen, nicht nur um des Willens willen, das hier aufgestellt wurde, sondern vor allem wegen der unumwundenen Feststellung, daß die Fortdauer der europäischen Unruhe nur an dem Fehlen des guten Willens bei den Regierungen liege.

Auf ernüchterte Vorstellungen, die in dieser Beziehung dem Professor Schiemann gemacht worden sind, darf wohl der Kommentar zurückgeführt werden, den er in seiner neuesten Rundschau seinen Betrachtungen folgen läßt. Heute versichert er, seine Worte hätten sich nur an die englische Adresse gerichtet. Die europäische Küftungswichtigkeit bestrehe, solange als England nicht deutlich zu verstehen gebe, daß Rußland und Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland auf seine Unterstützung nicht zu rechnen hätten.

An die Herren Asquith, Churchill, Grey war mein Appell gerichtet. Ich glaube allerdings, daß das allen englischen Interessen ins Gesicht schlagende russisch-englische Abkommen von 1907 zu einer Preisfrage seines Urhebers geworden ist, ganz wie ich glaube, daß die Vermehrung der englischen Flotte ins Ungemessene und Unbegrenzte eine Frage des empfindlichen Ehrgeizes des ersten Lords der Admiralität geworden ist. Das eine wie das andere müßte bei klarer und nüchtern Beurteilung der Verhältnisse von den Fremden abführen, die eingeschlagen worden sind.“

Nun werden die konservativen Küftungspatrioten wohl wieder beruhigt sein, aber die Ruße ist auf Kosten des öffentlichen Rufes des Herrn Schiemann hergestellt, der vor vierzehn Tagen nicht mit einem Wort zu verstehen gegeben hat, daß seine tadelnde Ermahnung sich nur an die englischen und nicht auch an die deutschen Staatsmänner richte, sondern ausdrücklich davon sprach, daß ein Teil dem andern die Schuld gebe.

Die gefüllte Kompottschüssel.

Das ehemalige Sperlblatt ist bekanntlich unter amtlicher Mitwirkung durch die Dynastie Ru y p saniert worden. Kein Wunder, daß es jetzt nach seiner Umwandlung in ein halb der Regierung, halb der Annoncenfirma dienstbar gemachtes Organ der Volksverblödung womöglich noch törichter Artikel bringt, als früher. Wenn es läßt, beweist ein Artikel über den Geburtentragung, in dem es heißt:

„Die Lage der arbeitenden Klasse hat sich gegen frühere Zeiten unendlich gebessert, die Löhne haben sich vervielfacht, für Zeiten von Krankheit, Unfall, Invalidität ist durch Versicherung gesorgt worden; von der Wiege bis zum Grabe sorgt der Staat für das Wohl der Angehörigen dieser Bevölkerungsklassen auf Kosten aller anderen. Wie sieht es dagegen mit den zahllosen Beamten, Offizieren, den kleineren Unternehmern jeder Art? Ihre Einnahmen sind weitaus nicht in dem Verhältnis gestiegen wie die Arbeiterlöhne. Welcher Offizier, welcher mittlere Beamte, der über kein eigenes Vermögen verfügt, ist heute überhaupt noch in der Lage, eine Familie zu gründen? Geiraten kann nur noch aus diesen Kreisen, wer selbst reich ist oder eine reiche Frau findet.“

Dem Schlaraffenland des Proletariats wird also hier das Jammerlos von Offizieren und mittleren Beamten gemeint sind dabei, wie sich aus dem ferneren Inhalt des Artikels ergibt. Richter, Lehrer höherer Lehranstalten u. u. m.) entgegengesetzt. Diese Kernsten erreichen ja auch nur ein Höchstgehalt von 7200 Mk. und einen Wohnungsgeldzuschuß von 1200 Mk., so daß sie ja nur 4—5 mal so viel zu verzehren haben, wie der bestgestellte, großstädtische Arbeiter oder zehnmal soviel, wie viele Millionen Arbeiterfamilien!

Das es selbst in Berlin unzählige Arbeiter gibt, die aus bitterster Not auf Familienzuwachs verzichten müssen, beweisen uns zahlreiche Zuschriften. So schreibt ein Schuhmacher, daß er sich für 22—25 Mk. Lohn die Woche plagen muß und es durch Heimarbeit am Feierabend auf 27—28 Mk. die Woche bringt. Seine Ausgaben aber belaufen sich trotz aller Sparsamkeit auf 31 Mk. die Woche, obwohl er nur selten ins Wirtshaus kommt, überhaupt äußerst solide ist und nur ein Kind heizt. So muß denn die Frau, trotzdem sie schwächlich ist, mitverdienen helfen. Aber auch so reicht der Verdienst der beiden Ehegatten nur gerade zur dürftigsten Lebenshaltung, so daß „wir nicht mehr Kinder haben

Leser glauben muß, es handle sich um ein wörtliches Zitat aus dem „Sozialdemokrat“.

Die ganze Behauptung ist von A bis Z erlogen; das Zitat ist von Peukert frei erfunden!

Aber nein, es ist etwas Wahres daran. In Nr. 47 des „Sozialdemokrat“ vom 21. November 1880 stand eine Korrespondenz aus London, welche sich mit dem Epipel Reumann, dem Zimimus von Rost, beschäftigte. Weiter wird von dem Schwindel berichtet, den Rost, Reindorf und Neuron-Petersen mit der Visitenkarte des Reichlichen Hartmann getrieben, indem sie Nachrichten über den russischen Küftungling in englische Zeitungen lancierten und dafür 30 Pfund Sterling ernteten. „Dieses Geld sollte als Reisegeld für Reindorf und Neuron dienen, um in Deutschland ein Attentat in Szene zu setzen, das, nach dem Ausdrucke des Herrn Rost, der deutschen Sozialdemokratie den Garaus machen sollte.“

Und unmittelbar darauf folgte die Bemerkung, daß die Herren augenscheinlich nicht die Courage, ja wahrscheinlich nicht einmal die ernstliche Absicht besäßen; man habe sich anscheinend mit Drohbrieten an gewisse Persönlichkeiten begnügt, worauf teilweise die Verhängung des kleinen Verlagerungszustandes über Friedrichsruh, Hamburg, Altona, sowie die Untersuchung des Bismarckschen Eisenbahnwagens nach Dynamitpatronen zurückzuführen sind. „Solche Streiche führen Duben oder Narren aus oder auch — Agents provocateurs.“

Die späteren Bekennnisse des damaligen Korrespondenten der „Freiheit“ und gleichzeitigigen Epipels Wichmann aus Altona an Ruer geben dann die Erklärung.

Selbstverständlich wußte der „Sozialdemokrat“ nichts davon, daß Reindorf in Deutschland sei oder gar, daß er verhaftet sei. Aber in Nr. 47 der „Freiheit“ vom 20. November, die wohl vier Tage vor Fertigstellung der Nr. 47 des „Sozialdemokraten“ erschien, berichtet Rost, daß Reindorf unter dem Namen Oeller in Berlin sich aufhielt, verhaftet und mit Hilfe der Freiburger Polizei als Reindorf festgestellt wurde, und bereits in Nr. 48 berichtet er, daß Reindorf schon seit 10 Wochen sich im Gefängnis befinde.

Dieser Tatbestand ist gegenüber den Verleumdungen der „Freiheit“ und der „Autonomie“ wiederholt dem „Sozialdemokrat“ festgelegt worden, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Veröffentlichung erst erfolgt sei, nachdem der Viertheilgenweichte, Reumann, als Epipel entlarvt worden — also für die Polizei überhaupt nichts mehr zu enthüllen war.

Dreißig Jahre später wiederholt der „Ehrenmann“ Peukert diese Verleumdung und läßt dazu: „das genügte der Polizei, Reindorf zu verhaften“, obgleich er wußte, daß Reindorf zehn Wochen vor der Veröffentlichung dieses Epipelattentat-Berichts im „Sozialdemokrat“ verhaftet und daß Reindorf niemals wegen

„Kennen“, wie es in der Aufschrift heißt, so lieb auch meine Fremder hat.“ Und, so sagt der Briefschreiber hinzu, „ich bin überzeugt, daß es vielen anderen nicht besser geht.“

Und da wehklagt das Organ des Kanonemultimillionärs, daß ein armer Teufel von Offizier oder Richter nur dann zur ehelichen Fortpflanzung schreiten könne, wenn es ihm gelingt, einen Goldfisch zu angeln!

Das Instrument der Agrarier.

Die Agrarier wollen nichts vom Parlamentarismus wissen. Die Regierung hat über den Parteien zu stehen und sich den Teufel um den Willen der Mehrheit des Volkes und des Reichstages zu kümmern. Wenn die Volksvertretung nicht so will wie sie, wenn das Parlament der Regierung keine Grundlage für eine geordnete Führung der Reichsgeschäfte bietet, und ihr „Schwierigkeiten macht“, dann löst man auf und jagt die Erwählten des Volkes zum Teufel.

Noch am Sonntag konnten wir diese staatsrechtliche Auffassung von der „Deutschen Tageszeitung“ vertreten sehen. Am Montag aber sagte eine Sotranze des Bundes der Landwirte in Hildesheim, in der nach dem einleitenden „Gebet“ des Herrn Oertel, Die-derich sah das Wort ergriß, um über die Schwäche Bethmanns zu schelten, der die Dinge gehen lasse und darauf verzichte, die „Freunde der vaterländischen Arbeit“ zum Kampf für die höchsten Interessen zu sammeln.

Sahen sprach dann von den neuen Handelsverträgen und kam zu dem Ergebnis:

„Die Regierung führt nicht, sie läßt sich von der Mehrheit führen, und so werden wir, wenn wir nur einige sind, dazu kommen müssen. Herrn von Bethmann soll wir, falls wir noch die Ehre haben, ihn einige Jahre zu behalten, durch eine nationalwirtschaftliche Mehrheit zu zwingen, einer besseren Führung zu folgen.“

Gegen die „nationalwirtschaftliche Mehrheit“, die, wie der Bundesführer darlegte, die wichtige Aufgabe hat, den Reichstag für einen Volkskrieg gegen Rußland scharf zu machen, sieht der Regierung natürlich kein Appell an das Volk zu.

Wie immer!

Die Enthüllungen über die rutschen Antriebe der Ostmarkenvereiner, die, wie von polnischer Seite im Abgeordnetenhaus dargelegt wurde, sogar der Regierung kein Geheimnis sein konnten, haben berechtigtes Aufsehen erregt. Die Nachrichten der *Liedemann* und *Bovensien* waren so ungeheurer Natur, daß die Regierung alle Ursache gehabt hätte, die staatsgefährlichen Antriebe in der schärfsten Form zu bezurechtigen und vom Ostmarkenverein sofort abzurufen. Statt dessen begnügt sie sich mit einigen oberflächlichen Kundreden und überläßt es dem Abgeordneten *v. Kardorff*, den blamierten Ostmarkenverein dadurch herauszupauken, daß er sich über den Beamten des Ostmarkenvereins, einen untergeordneten, schlecht bezahlten Registrator, moralisch entrüstete, durch den die Skandalosa der Ostmarkenvereiner aus Tageslicht gekommen waren. Nachdem von polnischer Seite die jammervolle Geschichte dieser täppischen Taktik gebührend gebrandmarkt worden war, hätte man eigentlich annehmen sollen, daß die Behörden ihre Aufmerksamkeit nunmehr wenigstens dem gemeingefährlichen Treiben des Ostmarkenvereins zuwenden würden, statt den abblutenden Spuren des Herrn von *Kardorff* zu folgen. Aber davon hört man nichts, wohl aber beklagt man die polnischen Blätter mit Hausdurchsuchungen, um zu ermitteln, auf welchem Wege die Enthüllungen an die Öffentlichkeit gelangt sind. Weidet doch das Weisliche Bureau:

Paris, 25. Februar. Gemäß einem Beschlusse des kaiserlichen Amtsgerichts auf Grund Erlasses der Staatsanwaltschaft hat die hiesige Kriminalpolizei heute morgen zwischen 7 und 8 Uhr in den Redaktionen des „*Dziennik*“ *Wosnanski*“ und des „*Kurjer*“ *Wosnanski*“ sowie in den Wohnungen der Verleger, der Redakteure und des technischen Personals dieser beiden Zeitungen, insgesamt an etwa 50 Stellen, Hausdurchsuchungen vorgenommen in Sachen der bekannten Enthüllungen betreffend das Verhältnis des Ostmarkenvereins zu den galizischen Ruthenen. Ueber das Ergebnis der Hausdurchsuchungen ist noch nichts bekannt.

Vermutlich wird das Ergebnis gleich Null sein, was auch der Staatsanwalt hätte voraussehen können.

Aber so wird es bei uns gemacht. Nicht die Entlarbten kriegt man bei uns am Reagen, sondern diejenigen, die sich das Verdienst der Enttarnung erworben haben!

dieser Affäre in Untersuchung genommen worden war, und obgleich Peukert wissen mußte, daß die Verhaftung *Reinsdorfs* in Deutschland auf den Spiegel *Reumann* zurückzuführen war, der ja zu der Zeit noch der Vertrauensmann *Mojis* war und blieb, trotzdem ihn *Reumann* und seine eigene Frau vor *Reumann* gewarnt hatten. Als *Reinsdorf* aus dem Gefängnis entlassen wurde, konnte er sich ruhig in Leipzig aufhalten und ungehindert Deutschland durchreisen.

Im Anschluß daran noch eine Verleumdung des *Bandauer* *„Ehrenmannes“* gegen *Liednecht*.

Reinsdorf ward später am 7. Februar 1885 — wegen des *Niederwald-Attentates*“ hingerichtet, das in unseren Reichen als Volkeigenschaft aufgefaßt worden war. Seite 202 schreibt nun *Peukert*:

„Der Vogel dieser Gemeinheit aber schloß *Liednecht* ab, als er am Vorabend vor der Hinrichtung *Reinsdorfs* in einer seiner Reden von der Reichstagstribüne herab erklärte: Er habe „die untrüglichen Beweise, *Reinsdorf* sei eine Kreatur und im Solde der Reaktion.“

Man beachte auch hier wieder: *Peukert* zitiert unter Aufhebungsstrichen, erwidert also den Anschein, daß ein wörtliches Zitat aus einer Rede *Liednechts* vorliege. *Liednecht* hat am Vorabend der Hinrichtung überhaupt im Reichstage nicht gesprochen. Die ganze Behauptung *Peukerts* ist wiederum von *A* bis *Z* erlogen. Aber — und das unterschlägt *Peukert* — *Liednecht* hat in Nr. 1 des „*Sozialdemokraten*“ vom 1. Januar 1885 in einem Artikel über den „*Dynamitprozeß*“ *Reinsdorf* und *Genossen*“ wörtlich geschrieben:

„Zunächst sei eine Art Ehrenpflicht erfüllt, indem ich festsetze, daß der Prozeß die gegen *Reinsdorf* erhobene Beschuldigung, daß er Agent der Polizei sei, nicht als wahr empfindet hat. Im Gegenteil — sie haben — meiner Heberzeugung nach — ihn nach dieser Richtung hin vereinnet.“

Peukert schreibt im Anschluß an diese Verleumdung gegen *Liednecht*:

„Möge man alle nur denkbaren Erklärungsgründe für solche Sondernungen in Betracht ziehen, persönlichen und Parteihass, Aufregung, Leidenschaftlichkeit, Einseitigkeit oder selbst Rachegefühl, kurz alles, was den Menschen zum Unrecht verleitet, aber für solche perfide, systematisch betriebene Niedertracht wird man vergebens nach einer Entschuldigung oder Rechtfertigung suchen.“

Dieses Urteil *Peukerts* — über *Peukert* soll stehen. Meiden.

Glaubt nicht auch Herr *Landauer*, daß sein „*Ehrenmann*“ sich damit selbst am besten charakterisiert hat?

Richard Fischer.

Krisis im Bund der Industriellen.

Der Plan zur Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Welthandel hat sich, wie wir schon an anderer Stelle ausführten, als ein Verlußt empuppt, den Bund der Industriellen vor den Wagen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zu spannen. Bisher gingen beide Organisationen in volkswirtschaftlichen Fragen auseinander, weil der Bund die Fertigfabrikationsindustrie, der Zentralverband die Schwerindustrie (Kohleindustrie) vertritt. Die „*Frankfurter Zeitung*“ schreibt diese Wendung den Antrieben des Syndikats des Bundes *Dr. Stresemann* zu:

„Bei der Errichtung der Welthandelsgesellschaft sollten Zentralverband und Bund der Industriellen zusammengehen. Nach außen betonte man dabei natürlich stark die Gleichberechtigung und die Unabhängigkeit der beiden Verbände. Aber faktisch bedeutete es die Unterwerfung des Bundes unter den Zentralverband; in dem Augenblick, in dem der leitende Kopf des Bundes (*Dr. Stresemann*) das hohe Einkommen eines Vorstandsmitgliedes der Welthandelsgesellschaft, zu einem erheblichen Teil aus den Mitteln des Zentralverbandes und seiner Mitgliedes, annahm, hörte der Bund auf, dem Zentralverband ein ernsthafter Gegner zu sein. Das mußte Herr *Dr. Stresemann* wissen; er hat trotzdem unter Benutzung seiner Stellung im Bund seine persönlichen Ziele, die ihn immer mehr in die Nähe des Zentralverbandes führten, weiter verfolgt.“

Man erinnert sich jetzt der von *Dr. Stresemann* in Szene gesetzten Aktion des Industriekongresses des Hanfverbandes zum Schutze der Arbeitswilligen, die den Hanfverband in peinlicher Weise präjudizierte, die aber dem Zentralverband zweifellos sehr wohl gefiel. Man erinnert sich vieler anderer Dinge, vor allem aber auch des seltsamen Verhaltens der Bundesleitung in den Tagen, als der Zentralverband in Leipzig für das „*Kartell* der schaffenden Arbeit“ mit dem Bund der Landwirte öffentlich Freundschaftserklärungen tauschte. Damals wäre eine große Abwehration des Bundes der Industriellen, ein energischer Vorstoß gegen den Zentralverband die selbstverständliche Forderung gewesen; statt dessen erfolgte nichts als eine lahme Erklärung, die sich nicht einmal heute, erneut den Wunsch nach einem Zusammengehen der beiden Verbände auszusprechen. Es ist klar: in der Leitung des Bundes der Industriellen hat sich in den letzten Jahren, und speziell seit Herr *Dr. Stresemann* in den letzten Wahlen sein Reichstagsmandat eingeholt hatte, in allen wichtigen Fragen eine Schwelung nach rechts vollzogen; wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, und in der Führung der Organisationsarbeit, hat man sich dem Zentralverbande genähert, sich ihm mehr oder minder deutlich direkt angeschlossen. Was sich jetzt bei der Vorbereitung der Welthandels-Gesellschaft abspielt, das ist nur das Glied einer Kette, die schon seit langem und immer fester um den Bund der Industriellen gelegt worden ist.“

Die Annäherung beider Verbände mag gewiß zu einem guten Teil das persönliche Werk des *Dr. Stresemann* sein. Die weiteren Klagen der „*Reif. Ztg.*“ darüber, daß der Bund an dem Mangel einer strengen Organisation verfallt, zeigen eher, daß die Annäherung in der Entwicklungslinie des heutigen imperialistisch orientierten Unternehmertums liegt.

Entlassung der Witwe Hamm.

Die Interpellationen in der Sache der wegen angeblichen Gattenmordes zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilten *Witwe Hamm* im Abgeordnetenhaus und im Reichstag haben ihren Zweck erreicht und das beantragte Wiederaufnahmeverfahren in rascheren Fluß gebracht. Ist doch die *Witwe Hamm* am Mittwoch aus dem Zuchthause in *Siegburg* entlassen und die Wiederaufnahme des Verfahrens von der ersten Strafkammer des *Überfelder* Landgerichts angeordnet worden. Offenbar hat die Nachprüfung der in den Parlamenten, namentlich von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Tatsachen das Ergebnis gehabt, auch in den Richtern die ernstesten Bedenken gegen die Richtigkeit des Urteils zu erwecken. — Die Verurteilte hat bereits sechs Jahre ihrer Strafe verbüßt.

Frankreich.

Die Altersversicherung der Bergleute.

Paris, 25. Februar. Die Kammer verhandelte heute über den vom Senat an die Kammer zurückgelangten Gesetzentwurf betreffend die Altersversicherung für Bergarbeiter. *Jaurès* erklärte, daß man dem Entwurf zustimmen müsse, wenn er auch unvollkommen sei, denn er sichere sofort eine Pension, die zwischen 600 und 700 Francs betrage. Die freikundenden Bergleute möchten noch in Erwägung ziehen, daß sie von heute an ein Pensionsminimum von 600 Francs erhielten und bald die Genußnahme haben würden, eine Pension von 700 Francs zu erreichen. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten sagte zu, daß er den Senat bitten werde, das Gesetz auf die Arbeiter in den Schieferbrüchen und in den Ergruben auszuwenden. Die Kammer lehnte im weiteren Verlaufe der Sitzung einen von dem Minister bekämpften Änderungsantrag ab, der die Altersrente auf 730 Francs im Minimum festsetzen wollte.

Das Altersversicherungsgesetz angenommen.

Paris, 25. Februar. Die Kammer hat das Gesetz über eine selbständige Pensionsklasse für die Bergarbeiter einstimmig angenommen.

England.

Der Kampf um Homerule.

London, 24. Februar. Unterhaus. Gegenüber der von den Unionisten eingebrachten Resolution, welche die ungewisse Vorlegung der Abänderungsvorschläge der Regierung zu der *Homerulebill* forderte, wiederholte *Asquith* seine Darlegung der Gründe, welche die Regierung veranlaßt hätten, die Initiative zu ergreifen und Vorschläge zu machen, erklärte jedoch, die Regierung sei nicht mit einer belagernden Garnison zu vergleichen, die in eine unhaltbare Stellung gedrängt, ohne Hilfsmittel und mit erschöpfter Munition kämpfe. (Ironischer Beifall bei der Opposition.) Weder vom politischen Gesichtspunkt noch im Hinblick auf die Wahlen habe die Regierung Anlaß, um Waffenstillstand zu bitten oder gar die weiße Flagge zu hissen; sie wolle eine große Sache nicht in der ersten Stunde verraten. (Beifall bei der Regierungspartei.) *Asquith* versicherte, die Vorschläge der Regierung würden bei der zweiten Lesung zur *Homerulebill* bekanntgegeben werden, und zwar noch vor Ostern.

Norwegen.

Die Budgetdebatte.

Das norwegische Parlament hat vergangene Woche die Generaldebatte zum Etat erledigt, wobei es zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und dem Vorsitzenden der Budgetkommission kam. Dieser tadelte die Regierung wegen der Steigerung der Ausgaben, eine an sich weniger bedeutende Sache, weil man weiß, daß der gleiche Abgeordnete zu denen gehört, die bei Rüstungsvorlagen außerordentlich bewilligungsfreudig ist. Allein eine besondere Be-

achtung erhielt die Debatte durch das einschließende Eingreifen unserer Parteigenossen, die die Regierung daran erinnerten, daß sie gewisse Verpflichtungen bezüglich der Zollgesetzgebung eingegangen ist, von deren Erfüllung man nichts mehr hört. Im weiteren wiesen unsere Genossen auf die Notwendigkeit hin, das ganze Budget auf eine Grundlage zu stellen. Durch Aufhebung der indirekten Steuern und Zölle und Ausbau des direkten Steuersystems würde das Budget viel leichter zu finanzieren sein. Dazu käme als ertragreichste Einnahmequelle die staatliche Ausnützung der Wasserkräfte des Landes, deren Werte merkwürdig sind und deren Jahreserträge in viele Millionen gehen würden. Anstatt aber hier einzugreifen, liefert die Regierung die Wasserkräfte dem Privatkapital aus, wodurch große Verluste für den Staat entstehen.

Eine weitere Forderung unserer Genossen, die entsprechende Anträge bereits eingebracht haben, will die Verstaatlichung der Lebens- und Lebensversicherung durchgeführt sehen. Die norwegischen Gesellschaften erzielen einen Jahresgewinn von 8 bis 10 Millionen Kronen bei einer Prämieinnahme von gegen 80 Millionen Kronen. Hier könne der Staat eine neue Einnahmequelle schaffen. — Die Regierungsvertreter zeigten wenig Lust, diesen Forderungen nachzukommen.

Rußland.

Das Losspittelregime.

Die im vorigen Herbst eingebrachte sozialdemokratische Interpellation über die Agentin der Geheimpolizei *Katharina Schornikowa*, die im Auftrage der „*Adrana*“ den insamen Hochverratsprozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma „vorbereitet“ hat, ist nach heftigem Kampfe in der Duma-Kommission angenommen worden. Den Anlaß für diese Interpellation bot bekanntlich die im vorigen Sommer erfolgte Freisprechung der *Epionin*, deren Losspittelaktivität von dem höchsten russischen Gerichtshof, dem Senat, als nicht strafbar qualifiziert wurde. Die in diesem Prozeß amtlich bestätigte Teilnahme einer bezahlten Agentin an den Vorbereitungen zur „*Hochverrats-Affäre*“, der 37 Genossen aus der sozialdemokratischen Fraktion zum Opfer gefallen sind, gelangte in der Duma-Kommission, deren Mehrheit sich stets schüßend vor alle Scheulichkeiten der Regierung aufstellt, die sozialdemokratische Interpellation an. Allerdings suchte die Kommission den Eindruck dieser Abstimmung abzumildern, indem sie den zweiten Teil der Interpellation verworft, der auf den Zusammenhang zwischen der Losspittelaktivität der Geheimpolizei und der Verurteilung der sozialdemokratischen Abgeordneten hinweist. Aber dieser Trick, der das Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß unserer unschuldig verurteilten Genossen verhindern soll, wird die Arbeiterklasse Rußlands nicht abhalten, den Kampf um die Rehabilitierung und Befreiung ihrer gefangenen Abgeordneten fortzuführen. In das aus Lug und Trug gesponnene Anlagematerial der Losspittelregierung sind in den letzten Jahren schon genügend Breschen geschlagen worden. Die letzte Abstimmung der Duma-Kommission ist ein neuer Erfolg, der unsere Genossen in der Duma und im Lande anfeuernd wird, den Kampf gegen die Justizmörder mit verdoppelter Kraft weiter zu führen.

Rumänien.

Die Wahlen.

Bukarest, 25. Februar. Die Wahlen zur Deputiertenkammer sind gestern abend beendet worden. Gewählt sind 100 Liberale, 10 konservative Demokraten, 8 konservative, 2 Rationalisten und ein Unabhängiger.

Letzte Nachrichten.

Ein Gewalttatt der Berliner Polizei.

Gestern abend um 9 Uhr erschien eine Anzahl Kriminalbeamte und Politische auf der vom Verein Studierender aus Rußland einberufenen und ordnungsgemäß angemeldeten Versammlung im „*Thiergartenhof*“, in der der bekannte russische Schriftsteller *A. Lunatscharsky* aus Paris einen Vortrag über: „Die Krisis der gegenwärtigen Kunst und *Emil Verhaeren*“ halten sollte. Vom Vortragsstisch weg wurde der Referent aus der Versammlung fortgeholt und unter starker Bedeckung nach dem Polizeipräsidium geschafft, wo er als verhaftet erklärt wurde.

Noch am Montag, den 23. d. M., hatte er in dem gleichen Lokal einen stark besuchten Vortrag über „Die russische Literatur und *Maxim Gorli*“ gehalten, ohne daß dadurch der preussische Staat ins Wanken gekommen war. Der gestrige Vortrag jedoch wurde ohne jede gesetzliche Handhabe in schroffer Weise verhindert, angeblich weil der Polizei Zweifel über die Legitimation des Vortragenden aufgestiegen waren. Es half nichts, daß der Referent einen französischen Paß und seine amtlich beglaubigte Journalistenkarte vorwies. Der Vortrag sollte eben aus irgendwelchen Gründen verhindert werden, und so war denn jeder Wortwand gut genug, um die Vergewaltigung perfekt zu machen.

Amliche Rechtfertigung des Kreisdirektors Wahl.

Braunschweig, 25. Februar. Dem Kreisdirektor *Wahl* von Hahern ist, wie der „*Braunschweigischen Landeszeitung*“ telegraphiert wird, am 24. Februar von dem reichsländischen Ministerium bekannt gegeben worden, daß das auf seinen Antrag am 28. Dezember eingeleitete Disziplinarverfahren wegen des besagten Verfassens der Zivilbehörden im Falle *Forschner* gegen ihn keinerlei Beweise für eine fahrlässige oder wissenschaftliche Unterlassung von Amtshandlungen ergeben habe.

Vor der Auflösung des schwedischen Reichstags.

Stockholm, 25. Februar. (W. T. B.) Am Schluß der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte der Ministerpräsident in Verantwortung einer Interpellation des Sozialisten *Palmskierna*, daß die Auflösung des Reichstages bald nach Ablauf dieser Woche zu erwarten sei.

Die politische Verfolgungsjagd in Rußland.

Kabom (Rußisch-Polen), 25. Februar. (W. T. B.) Der Appellationsgerichtshof hat von 11 wegen der Mitgliedschaft bei der sozialdemokratischen polnisch-litauischen Organisation Angeklagten einen zu sechsjähriger, einen zu vierjähriger Zwangsarbeit, sieben zur Zwangsansiedlung verurteilt und zwei freigesprochen.

Vier Kinder verbrannt.

St. Gallen, 25. Februar. Beim Brande eines Wohnhauses im Dorf *Ernevil* kamen vier Schulkinder ums Leben.

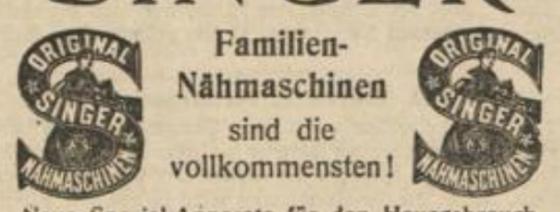
Zeitungs-Ausgabebestellen
und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Schmitz, Adelerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
1. Wahlkreis: W. v. Curt Schmidt, Kirchhofstr. 14, Postpartur. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Curt Schmidt, Gneisenauerstr. 72. Geöffnet von 9-2 und von 4 1/2-7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Friz, Brünnerstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Dren: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr. — Richard Hagedorn, Petersburgerplatz 4 (Baden). Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Südosten: Carl Böhm, Lustigerplatz 14/15. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Suchi, Znamensstraße 12 (Hof). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
6. Wahlkreis (Moabit): Solomon Joseph, Wilhelmshavenstr. 48. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Wedding: H. Dittus, Wüllerstr. 3a. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Boigast, Wolfstraße 9. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Gesundbrunnen: Fitzner, Dastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Rars, Greifenhagenstr. 22. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Adlershof: Karl Schwarze, Bismardstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Köpenicker Str. 6.
Baumschulenweg: H. Hering, Marienbader Str. 12, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow, Schönbrück und Buch: Heinrich Broke, Wälderstr. 5, Laden.
Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Gensch, Bohnsdorfer, Genossenschaftshaus, "Paradies".
Charlottenburg: Gustav Schwarzenberg, Seifenbäcker Str. 1. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Eichwalde, Schmückwitz: Oscar Rasle, Studentenr. 99.
Erkner, Neu-Zittau: Emil Zwang, Scharnweberstr. 10.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Wermann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.

Grünau: Franz Klein, Heidestr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschke, Poststr. 6.
Karlshorst: Richard Ritter, Köpcke, 9, II.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Bahnhofsstr. 8.
Köpenick: Emil Böhler, Kieperstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Warthenbergstr. 1 (Laden). Geöffnet von 9 1/2-2 und von 4 1/2-7 Uhr.
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: H. Heßberg, Kaulsdorfer, Ferdinandstr. 17.
Mariendorf: August Reip, Schaefferstr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weiner, Berliner Str. 114, II.
Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Leg, Röllkestr.
Neukölln: H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr; Reutöfen, Brigg: Rohr, Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 7-1 und von 4-7 Uhr.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Wendenstr. 10, II.
Nowawes: Wilhelm Jander, Lutherstr. 2.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmshöfenstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Fra.-Buchholz, Blankenburg: Himmann, Wälderstr. 30. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: H. Gutsch, Broomstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr.
Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: H. Hohenberg, Altdorferweg 56. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Schenkendorf d. Königs-Wusterhausen: Curt Danz, Dorfstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Karin Lutherstr. 59, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breiterstr. 54. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf West: Carl Henne, Borsigwalde, Mähelstr. 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joe. Krohn, Dorffstr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Riefelstr. 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Wilmersdorf, Heinersdorf: R. Judermann, Sedanstr. 106, part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmshagen 17.
Zehlendorf, Niedersdorf: Ernst Hättig, Zehlendorfer Str. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
 Sonntags sind die Ausgabebestellen geschlossen.

SINGER
 Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!
 Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.
SINGER CO.
 Nähmaschinen Act. Ges.
 Berlin, Leipziger Str. 92.
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



Ein Licht geht jedem auf der merkt, dass **Wybertabletten** nervvollen Schutz vor Husten, Heiserkeit, Katarrh bilden, Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel M. 1.

Heines Werke **Reuters Werke**
 3 Bände 4 Mark 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts Buchhandlung Vorwärts

Theater.

Donnerstag, 26. Februar 1914.
 Anfang 8 Uhr.
Neues Operntheater (Krohn). Vaterland.
 Anfang 8 Uhr.
Cines Palace am Zoo. Varietë-Lichtspiele.
 Anfang 6 1/2 Uhr.
Cines Nollendorf-Theater. Varietë-Lichtspiele.
 Anfang 7 Uhr.
Deutsches Opernhaus. Die Reiterhüter von Nürnberg.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Nida.
Kgl. Schauspielhaus. Der Gynk 1. Abend.
Deutsches. Ein Sommerhochzeit.
Virtus Busch. Galavorstellung.
Virtus Schumann. Galavorstellung.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Winter in der Schweiz.
 Hösaal 8 Uhr: Dr. A. Piotrowski: Erscheinungen des Seelenlebens.
 Defnung. Einmal.
Deutsches Künstler-Theater. Cabard.
Neues Operntheater (Krohn). Vaterland.
Kammerpiele. Wetterleuchten.
 Königgräzer Straße. König Richard III.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater an der Weidenammer Brücke. Her nicht leicht.
Theater am Nollendorfplatz. Pringel Gretl.
Intervallhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Die beiden Leonoren.
Schiller Charlottenburg. Maschinenbauer.
Theater des Westens. Polenblut.
Wladis Operetten. Jung-England.
 Berliner. Die sinkt im Wal.
Kleines. Zeitlich Gebert.
Trianon. Rinaldo Hochzeit.
Thalia. Die Langopringel.
Waldhalla. Hobeit - der Franz.
Friedrich. Wilhelmshöfenstr. 10.
Kofe. Die Maschinenbauer von Berlin.
Kafé. Die alle Hebern.
Gerrardsfeld. Die von oben und unten.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Harfstein, der Stolz der 3. Kompagnie.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Andreas Hofer.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
 Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
 Sonn. Am. 3 1/2, II.: Der liebe Augustin.
Friedr.-Wilhelmst. Theater.
Fräulein Trallala.
 Anfang 8 Uhr:
Sonntag 8 Uhr: Die Kiso-Königin

Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1383.
 Donnerstag, 8 Uhr: **Cafard.**
 Sonnabend, 3 1/2, Uhr:
Peterchens Hondfahrt.
 Sonnabend, 8 Uhr: **Cafard.**
Theater am Nollendorfplatz 5.
 8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**

Residenz-Theater
 8 Uhr: **Hoheit - der Franz!**
 Russische Gräde in 3 Akten von Arar Landsberger und Billi Wolf.
 Musik von Robert Binterberg.
 Morgen u. i. Tage: **Hoheit - der Franz!**

ROSE=THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Die Maschinenbauer von Berlin.
 Fosse in 3 Akten (6 Bildern) von Heintzsch. Musik von H. Lang.
 Anfang 8 Uhr.
 Freitag:
Die Maschinenbauer von Berlin.

Reichshallen-Theater
Stettiner Säng.
 Zimmer No. 13.
 Urkomische Burleske.
 Anfang 8 Uhr.
 Nächsten Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen:
„Bosco“.

Passage-Panoptikum.
Die wilden Feuerfresser
 in ihren fanatischen Martern.
Mister Rappo, der Ausbrecherkönig.
Unfasselbar!
Lebend!
Ohne Extra-Entree.

Theater in der Königgräzer Straße
 7 1/2 Uhr:
König Richard III.
Komödienhaus.
 8 Uhr: „Kammermusik“ 8 Uhr.
Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
 Theater a. d. Weidendammerbrücke
 8 Uhr: Her nicht leicht . . .
Benannt. Redakt.: Alfred Böhm, Reutöfen. Inseratenentl. bezw. Z. 114.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonabend, den 28. Februar, im großen Saale der „Neuen Welt“,
 Hasenheide 108-114:
Kostümfest
Ein Volksfest in den bayerischen Alpen
Bauern - Bergkraxler - Sennerinnen - Dorjugend
und Berliner Ferienbummler
 Die geehrten Festteilnehmer werden gebeten, im Kostüm oder Sommer toilette zu erscheinen.
Zwei Orchester! Humoristische Aufführungen!
 Eintrittskarten a 50 Pf. sind in allen Zahlstellen, im Zigarrengeschäft von Baumann, beim Gastwirt Greive, Rungestraße 30, und im Bureau zu haben.
 Arbeitslose Mitglieder haben mit ihren Frauen freien Zutritt. Das Komitee.
 (Verbandsbuch und Arbeitslosenkarte legitimiert.)

Brauerei Friedrichshain
 Sonntag, den 1. März 1914
 Anfang 5 Uhr:
Jubiläumsteler des bel. Festwirts Schorch Ehrngruber.
Das gr. bayr. Bockbierfest
 4 Kapellen - Jubiläumsgeschenke etc. etc.
Ausscheiden! Vorzeiger dieses Insorats hat nur 30 Pf. statt 50 Pf. Entree zu zahlen.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
 Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
 Musikk. Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Brase und Tegeraseer und Zillerthaler Musikanten, Dirig. Hans Starp.
 Anfang 8 Uhr Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 Morgen: **Gr. Konzert d. Männergesangv. „Glocke“**
 (gegr. 1875). - Dirig. Hugo Creutzburg.

Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Donnerstag, den 26. Februar:
Elitetag!
Große Schweine-Braterei!
 Portion 90 Pf. 30 bayrische Madl. Anschnitt 9 Uhr.
 Anfang 7 Uhr. 6 Kapellen. Entree 30 Pf.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.

Stadt-Café
 Berliner Str. 51-53 Neukölln Berliner Str. 51-53
 Nur kurze Zeit! Gastspiel Nur kurze Zeit!
Rinaldo Ariodante
 der musikalische Wunderknahe der jüngste Dirigent der Welt geboren am 7. Februar 1906 in Wien.

WINTER GARTEN
 Letzte Woche!
Madge Lessing
 und
Fred Wright
 Grock u. Lola (Perezoff-Truppe)
 Komisches „Un souper chez Maxim“
 und die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Februar-Attraktionen!
 - Rauchen gestattet! -

Apollo-Theater.
 Tel.: Lützow 2757.
 8 Uhr. 8 Uhr. 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
 mit
Hartstein.
 Rauchen ohne Paue! Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
 Abends prägte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Folies Caprice.
 8 1/4 {
Café Pingsheim
Der Heiratsrat Meyersteins

Concordia-Festsäle
 64 Andreasstrasse 64
 Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Soiree der Hoffmann-Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
 Vorzugskart. haben Gültigkeit
Vereinigte Berliner Volksbühnen:
Luisen-Theater.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Das erste Ehejahr.
 Schulp. in 5 Akt. v. Ernst Ritterfeldt.
Walhalla-Theater.
 8 1/2 Uhr: **Tangosieber.**
 Dr. Völsch u. Graf u. Lang in 3 Akten von E. Urban. Musik v. Hugo Dirig.

URANIA
 Tausenstraße 48/49.
 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
 Hösaal 8 Uhr: Dr. A. Piotrowski: Erscheinungen des Seelenlebens.

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Donnerstag, d. 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport - Vorstellung.
 Neu! U. a.: Neu!
The Ursus
 1 Dame, 1 Herr in ihrem phänom. Kraft-Akt.
Original Little Freds
 Akrobat u. kunstreich Hunde.
Ku-Ka-Di - Goldmephisto
 und die übrigen neuen Februar-Attraktionen.
 Um 9 1/2, Uhr:
 Das gr. Ausstattungsst. 1. 7 Bildern
„Tipp“
 der Derby Favorit 1914.

Zirkus Busch.
 Heute Donnerstag, den 26. Febr., abends 7 1/2 Uhr:
Wer die Trapezhunde u. d. Messers
 sehen will, muß sich beeilen, da dieselben nur noch einige Tage aufstreifen.
 Hierzu das gr. Gala-Programm.
„Pompeji“.
 Orig. Ausstattungs-Pantomime des Virtus Busch in 5 glänz. Akten.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Anatolus Hochzeit.

Casino-Theater
 Lothringers-Str. 87. Täglich 8 Uhr
 Ein neues Berliner Volkstheater:
Die olle Webern.
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
 Einziges Theater in diesem Genre!
 Im Saale der alten Wallner-Bühne.
 Sonn. 4 Uhr: **Mädchenchro.**

Berliner Prater-Theater
 Rastanienallee 7-9.
 Donnerstag, den 26. Februar:
Galspiel des Boigt-Theaters.
Romeo und Julia.
 Trauersp. in 3 Akt. v. W. Schaleppear.
 Kasseneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2, Uhr.

Admiralspalast.
 Eis-Arena.
 Täglich:
Die lustige Puppe.
 Großes Ballett auf dem Eis.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2, Uhr ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Berliner Humor-Quartett
 W. Wutzky Oderberger Str. 30

Gewerkschaftliches.

Für die Mappe des Reichsverbandes.

In dem sonst so stillen Hartzstädtchen Bennedeckenstein ist dierzehen Tage lang große Aufregung gewesen. Der Holzarbeiterverband hatte eine Zahlstelle gegründet, der nahezu alle Holzarbeiter beigetreten waren. Den Unternehmern paßte das nicht. Hatten sie doch auch alle Ursache dazu. Die Löhne der Tischler, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter schwanken zwischen 20 und 32 Pf. Stundenlohn und zwar für erwachsene Arbeiter, die zum Teil 10—15 Jahre in den Betrieben beschäftigt sind. Der Anfangslohn beträgt in der Regel 20 Pf. die Stunde. Verläßt ein Arbeiter den Betrieb und hat er mittlerweile eine Zulage erhalten und fängt dann später wieder an, so bekommt er eben wieder 20 Pf. Stundenlohn.

Die Unternehmer in Bennedeckenstein, die so sehr gerne über den Terrorismus der Arbeiter schimpfen, taten sich nun zusammen und erließen unter Führung des Herrn Lohoff, Hauptmann der Reserve, folgenden Anschlag:

„Unterszeichnete Arbeitgeber haben beschloffen: Jeder Arbeitnehmer, der dem Holzarbeiter-Verband angehört, bezw. seinen Austritt aus demselben nicht bis Sonnabendmittags daraus erklärt hat, ist am Sonnabendabend um 6 Uhr entlassen.“ (Folgen 17 Unterschriften).

Hand in Hand damit ging eine Feinde der Unternehmer. Die Frauen wurden aufgesucht und zu bestimmen gesucht, ihre Männer von der Organisation fernzuhalten. Krüppeln wurde gedroht, daß versucht würde, ihnen die Rente zu kürzen und die übrigen Unternehmer würden die Entlassenen nicht beschäftigen. Dem Vertreter der Organisation wurde gedroht, ihn aus dem Ort zu werfen usw. Die Bürgerschaft stand vielfach auf Seiten der Arbeiter; auch der Bürgermeister hatte erklärt, daß die Löhne zu niedrig seien. — Leider standen die Arbeiter nicht fest. Diesen ausgebeuteten, von der Rot zerwürdeten Arbeitern fehlte die Widerstandskraft. Aber den Reichsverbändlern empfehlen wir diesen Fall zur Weiterverbreitung; in den Hartzstädten treiben sie ja besonders ihr Wesen.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter.

Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend hatte am 14. Februar d. J. an eine Anzahl Berliner Zeitungen per Rohrpost eine Abschrift des Schreibens gesandt, in welchem er seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der eingereichten Tarifvorlage begründet. Den Arbeiterorganisationen ging die Ablehnung erst am 15. Februar auf dem gewöhnlichen Postwege zu.

Zu dieser Ablehnung nahmen die Berliner Brauereiarbeiter am Dienstag in einer außerordentlich gut besuchten Vertrauensmännerversammlung Stellung. Der Bezirksleiter Träger vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband beurteilte zunächst, daß der Verein der Brauereien sich erst an die Presse gewendet und dann erst den Organisationen Mitteilung von seinem ablehnenden Standpunkte gemacht habe. Man habe diesen recht sonderbaren und bisher nicht üblichen Weg offenbar gewählt, um Stimmung gegen die Brauereiarbeiter zu machen. Der Referent geht dann auf die Gründe ein, die der Verein der Brauereien für seine Forderung angibt, und führt eine ganze Anzahl Verufe sowohl als auch Orte an, in denen höhere Löhne gezahlt werden als in den Berliner Brauereien. Zehntlich so liege es mit den allgemeinen Forderungen, wie Arbeitszeitverkürzung und Urlaub. Es stehe fest, daß in einer großen Anzahl von Brauereien, z. B. dem gesamten Hamburger Wohngebiet, die 8 1/2 stündige Arbeitszeit bestesse; ebenso, daß in der Provinz ein viel höherer Urlaub gewährt werde, als dies in Berlin der Fall sei. In Hunderten von Betrieben werden nach einem Jahre Beschäftigung (teilweise sogar ohne zeitliche Begrenzung) 3 Tage Urlaub gewährt; auch werde der Höchsturlaub in kürzester Zeit erreicht. Der Berliner Urlaub sei also durchaus verbesserungsbedürftig; man habe jedoch nicht die Absicht, Abmachungen anderer Orte heranzuziehen, sondern die örtlichen Ver-

hältnisse seien ausschlaggebend gewesen. Die Forderungen des Fahrpersonals seien berechtigt, wie überhaupt die Lohnforderungen sämtlicher Gruppen lediglich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt seien und begründet werden können.

Befremdend wirkt vor allem aber die schroff ablehnende Form in der Antwort des Vereins der Brauereien. Man wolle aber noch nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, sondern versuchen, mit dem Verein zu verhandeln und durch Begründung der Forderungen ein anderes Resultat zu erzielen. Der Referent empfahl dann die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

„Die in der Neuen Philharmonie versammelten Vertrauensleute aller Organisationen der in den Brauereien Berlins und der Umgegend beschäftigten Arbeitnehmer nehmen Kenntnis von der Ablehnung des von den Organisationen an den Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend eingereichten Tarifvertragsentwurfes.

Die Versammelten sind der Meinung, daß entgegen der Ansicht des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend während der Dauer des jetzt geltenden Tarifvertrages wesentliche Verschärfungen der wirtschaftlichen Lage zugunsten der Arbeitnehmer stattgefunden haben, welche eine dementsprechende Lohnerhöhung notwendig machen.

Die Versammelten erwarten, daß der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend bei einer nochmaligen Prüfung des Entwurfes unter dem Gesichtspunkt der geltenden Teuerung und den damit verbundenen erhöhten Ausgaben für Lebensmittel und dergleichen, sowie für Invaliden- und Krankenversicherung, zu einer anderen Ansicht gelangen wird.

Weiter sprechen die Versammelten die bestimmte Erwartung aus, daß der Verein der Brauereien den Vertretern der Arbeitnehmer Gelegenheit geben wird, in mündlicher Verhandlung die Gründe, welche die in den Brauereien beschäftigten Arbeitnehmer zur Aufstellung des eingereichten Vertragsentwurfes veranlaßt haben, darzulegen.“

In der recht regen Diskussion, in der auch einige Organisationsvertreter das Wort nahmen, wurde besonders der Weg beurteilt, den der Verein der Brauereien bei der Beantwortung der eingereichten Forderungen beschritten hat. Man war aber mit wenigen Ausnahmen einseitig der Meinung des Referenten, nicht in derselben Art und Weise zu antworten, sondern noch einmal zu versuchen, auf friedliche Weise zu einer Verständigung und Verhandlung zu gelangen. Ein Antrag, die Resolution wesentlich zu verschärfen, wurde abgelehnt und dann dieselbe gegen eine Stimme angenommen. Dem Verein der Brauereien ist so Gelegenheit gegeben, seine so oft betonte Friedensliebe in die Tat umzusetzen und zu verhandeln. Die Brauereiarbeiter Berlins erwarten dies; andernfalls wollen sie nicht säumen, entsprechende Maßnahmen vorzubereiten.

Deutsches Reich.

Die Tarifverträge im Bäder- und Konditorgewerbe.

Die gewerkschaftliche Organisation der Bäder und Konditoren kann in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte in der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufweisen. Trotz des zähen Widerstandes der Unternehmervereinigungen, die prinzipiell Tarifabschlüsse mit der Gewerkschaft ausschalten wollen, war es möglich, ein Fünftel aller in den Bädereien und Konditoreien beschäftigten Personen in ein tarifliches Vertragsverhältnis einzubeziehen. Auch in der Schokoladen-, Zuckerwaren-, Süßwarenindustrie bestehen gute Ansätze zum weiteren Ausbau der Tarifverträge.

1910 bestanden im Reich 134 Tarife, die sich auf 5125 Betriebe mit 13478 beschäftigten Personen erstreckten; am Schlusse des Jahres wurden 271 Tarife für 7814 Betriebe mit 20645 Beschäftigten gezahlt. Die Zahl der Verträge hat sich in diesen vier Jahren mehr als verdoppelt, wie auch die tarifierten Betriebe und die den Verträgen unterstellten Personen bedeutend gestiegen sind. Die in den Bädereibetrieben Beschäftigten stehen mit 243 Verträgen in 7767 Betrieben mit 17991 Personen an erster Stelle. Schwache Ansätze des Tarifgebens sehen wir in den Konditoreien. Hier erstreckt sich ein Vertrag auf 18 Betriebe mit 80 Personen. Die Leb-, Honig- und Pfefferkuchenindustrie weist drei Tarife auf in 12 Betrieben für 586 Beschäftigte; in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie bestehen 10 Tarife in 18 Betrieben mit 1707 Beschäftigten und die Bäckerei-, Feinbäckerei- und Oblatenindustrie nimmt mit 8 Verträgen in 9 Betrieben für 271 Beschäftigte Anteil.

Der Einfluß der Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen läßt sich am besten aus dem Inhalt der

Verträge ersehen. Bei den Bädern und Konditoren war es möglich, in 189 Tarifen für 16548 Personen den Kost- und Logiszwang im Hause des Unternehmers abzuschaffen und die Bargeldentlohnung einzuführen. Der durchschnittliche wöchentliche Mindestlohn beträgt bei dieser Gruppe 25,88 M. In 40 Verträgen konnte nur die Befestigung unter Beibehaltung der Wohnung im Hause des Unternehmers beseitigt werden. Hier beträgt das durchschnittliche Wochenlohnminimum 18,06 M. und es kommen in Beträcht 1217 Personen. Kost und Logis beim Meister ist in 14 Tarifen noch beibehalten für 162 Beschäftigte bei einem durchschnittlichen Mindestlohn von 10 M. pro Woche. In der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie beträgt der durchschnittliche wöchentliche Mindestlohn 23,47 M. bei den Arbeitern und 10,56 M. bei den Arbeiterinnen.

Auch in der Verkürzung der Arbeitszeit sind durch die Tarifabschlüsse schöne Erfolge zu verzeichnen. In 85 Betrieben mit 2215 Beschäftigten ist die tägliche achtstündige Arbeitszeit durchgeführt; das sind zum weitestgehenden Teil Genossenschaftsbetriebe. Die neunstündige tägliche Arbeitszeit ist in 2298 Betrieben mit 6883 Beschäftigten festgesetzt, und täglich bis zu zehn Stunden arbeiten in 589 Betrieben 3504 Personen. Für die Fortschritte, die die Forderung der sechstägigen Arbeitswoche in den Bädereien macht, zeigt weiter die Tatsache, daß in 2842 Bädereien für 10846 Beschäftigte tariflich die siebenstündige Arbeitswoche beseitigt ist. In 237 Verträgen ist für 19187 die Vergütung der Ueberstunden und in 164 Tarifen für 8849 Personen die Gewährung von jährlichen Ferien vereinbart.

Für die Unternehmung im Bädereigewerbe bedeutet dieses Ergebnis ein Fiasko ihrer tariffeindlichen Politik. Die Einsichtigen unter ihnen lassen sich heute schon nicht mehr durch die „mohlgemeinten Ratsschläge“ der Scharmacher beeinflussen, sondern besinnen sich an dem Ausbau des Tarifvertrages. Am Jahresschlusse bestanden bereits 94 allgemeine Tarifverträge, die mit Unternehmervereinigungen abgeschlossen wurden und 10 631 beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen. Besser könnte nicht der Beweis für das Vordringen des Tarifgedankens erbracht werden, als durch diese Aufstellung, mit der bewiesen wird, daß sich auch die Bäder und Konditoren auf dem besten Wege zur Erreichung des Selbstbestimmungsrechtes bei Festsetzung des gewerblichen Arbeitsvertrages befinden.

Die Ausschusswahlen auf den Reichswerken.

Kunmere liegen von allen vier Reichswerken die Ergebnisse der Arbeiteraushuswahlen, die nach dem System der Verhältniswahl stattfanden, vor. Es wurden abgegeben für die Listen der freien Gewerkschaften in Dantsig 1519 Stimmen gleich 8 Vertreter in dem 12 Mann starken Ausschusse, in Friedrichsort 1108 Stimmen gleich 8 Vertreter in dem 10 Personen starken Arbeiteraushusse, in Kiel 4548 Stimmen gleich 14 Vertreter in dem 18 Personen starken Ausschusse, in Wilhelmshafen 4404 Stimmen gleich 17 Vertreter in dem 22 Mann starken Ausschusse. In Kiel und Friedrichsort gingen Gelbe, Christliche und Hirsch-Dundersche zusammen. Sie ergielten in Kiel 1498 Stimmen und 4 Vertreter, in Friedrichsort 903 Stimmen und 2 Vertreter. In Dantsig und Wilhelmshafen gingen die Christlichen selbständig vor; sie ergielten 208 und 178 Stimmen und je einen Vertreter. Die Hirsch-Dunderschen verbanden sich mit den — Gelben und holten „nationale“ Wahlen machen. Sie ergielten in Dantsig 637 und in Wilhelmshafen 982 Stimmen, das sind 3 und 4 Vertreter. Für die Gelben haben überall die Monatslöhner und gehobenen unteren Angestellten gestimmt; daher der nationale „Erfolg“. Die Vertreter der Hirsch-Dunderschen hinken auf fremden Füßen in die Ausschüsse. Damit ist ihr moralischer Bankrott auf den Reichswerken besiegelt.

Die Aussperrung in der Holzschuhfabrik Chr. Loh Söhne in Raiserlautern ist zur Lausache geworden. Die Verhandlungen zwischen der Firma, dem Vertreter des Fabrikantenvereins und dem Zentralverband der Schuhmacher sind ergebnislos verlaufen. Die Firma beabsichtigt, die Arbeiter durch die Aussperrung zum Abschluss eines Tarifvertrages zu zwingen, der für die Arbeiter unannehmbar Positionen enthält. Die Arbeiter sind aber zum Tarifabschluss nur bereit, wenn ihren Wünschen Rechnung getragen wird. Zugug ist fernzuzulassen.

Ausland.

Lohnkämpfe in der Schweiz.

Die große Uhrmacheraussperrung in Grenchen dauert fort, ebenso der Tischlerstreik in Genf und die Schuhmacheraussperrung in Bern. Der Sattlerstreik in Bern ist mit teilweisem Erfolg be-

Kleines Feuilleton.

Die Kultur marschiert. Man liest im „Lokal-Anzeiger“, daß der Kimo den Siegeszug auf dem Balkan angetreten hat. Wo noch vor Monaten die Kanonen stummlos geknallt haben, nimmt jetzt die stumme Kunst alles in Sturm, wo noch vor kurzem am jeden Fußbreit Boden verzweiflungsoll gekämpft wurde, erobert jetzt der Kimo meterweise Land und Leute. Ohne Schwerförmigkeit, aber mit blut-rünstigen Dramen dringt er vor, er berrstanzt den Boden nicht in die malerischen, aber — unwirtschaftlichen Segenden. Ja sogar im Lande der Miriditen hat er schon seinen Einzug gehalten. „Das rauhe Land Albanien beginnt nun von der Kultur beledt zu werden.“ Das Land mit blümmernred überfluteten, heißt: es wird von der Kultur beledt.

In Clujari, mitten in der Stadt, hat der Kimo seine „Wunderzelle“ aufgeschlagen, und von nah und fern kommen sie in Scharen herbeiströmt, um das lebende Bild zu bestaunen. Sie haben sich eingebildet, die Kultur werde neues Leben ins Land bringen, aber nun ist bloß das lebende Bild, das sie ihnen schenkt. Aber sie sind auch dafür dankbar. Und als erste Nummer wird bei jeder Vorstellung das Bild des Prinzen wiedergegeben. Alle Anwesenden erheben sich feierlich von den Plätzen und sind erfüllt von patriotischen Freudengefühl.

Nach erheben sie sich vor dem Bilde des Prinzen, aber es wird der Tag kommen, wo sie sich gegen ihn selber erheben werden. Und das Patriot-Journal wird das Lärbeln lassen, erfüllt von dem Wunsch: je länger, je lieber.

Rehrt der Winter wieder? Nachdem seit Ende Januar in fast ganz Mitteleuropa, besonders aber in Norddeutschland ganz außerordentlich mildes und vorfrühlingshaft schönes Wetter geherrscht hat, steht es momentan so aus, als ob der Winter zum Schlusse noch einmal seine Wilttenlante abgeben wollte. Während noch am letzten Sonntag in weiten Teilen des Landes vollkommenes Frühlingswetter geherrscht hatte, machte sich jetzt, vom Nordosten ausgehend, ein Temperaturrückgang bemerkbar, der angesichts der Luftdruckverteilung zu einem vollkommenen Witterungsumschlag führen kann. So hatte Remel Dienstag früh 7, Dantsig einen Grad Kälte. In Bromberg stand das Quecksilber morgens auf dem Gefrierpunkt. Diese Abkühlung ist die Folge einer starken Drückzunahme über Nordrußland, wo sich seit einigen Tagen ein kräftiges Hochdruckgebiet ausgebildet hat, das zunächst nur unscheinbar war, inzwischen aber an Höhe und Ausdehnung erheblich zugenommen hat. In seinem Kern überschritt das Maximum am Weichen Wecke 770 Meter Höhe, und sein Bereich erstreckt sich westwärts schon über ganz Skandinavien, im Südwesten bis nach Ostdeutschland. Das zu Beginn der Woche noch außerordentlich tiefe Minimum nordwestlich von Schottland hat sich bedeutend verschärfert; im mittleren Norddeutschland befand sich zwar noch ein engbegrenztes

Teillies, es dürfte sich aber alsbald ausfüllen oder in südlicher Richtung entfernen, so daß dann das nordrußische Hochdruckgebiet vollkommen die Herrschaft über die Wetterlage an sich reißen würde. In diesem Falle muß mit weiterer Abnahme der Temperaturen und dem alsbaldigen Wiedereintritt von Frostwetter gerednet werden, und es kann für den Fall der Auflockerung bei dem jetzt herrschenden Ostwind sehr rasch wieder böllig winterliche Kälte Platz greifen.

Theater.

Deutsches Künstlertheater: Casard, ein Drama aus der Fremdenlegion von Erwin Rosen. Nach der Aufführung ging ich heim und holte aus der Ede meines Schreibstisches die arg ramponierten Hefte und Mähelein, die ich in fünf Jahren auf den Fahrten durch Gassasteppe und Sahara, durch tonkinesische Dschungeln und Urwälder bis zum Laoshochland Hinterindiens in Tornister und Satteltasche angesammelt haben. Logobuchaufzeichnungen, dienstliche Notizen und Kompagnielisten erinnern mich an fünf wilde, an innerer und äußerer Unruhe übervolle Regensjahre. Mannschafsvorzeichnisse von fünf verschiedenen Kompagnien lassen die vielen hundert Menschen wieder lebendig werden, mit denen ich das Regimentslos getragen. Und all das stellt sich neben die Bühnenbilder von Dienstabend und bringt uns zu dem Urteil: was Erwin Rosen da vorführt, ist nicht die Legion, ist nur ein Zerstück der Legion.

Das Regimentsleben ist überhaupt kein Stoff für das Drama. Die tragischen Momente im Schicksal der Legionäre liegen vor dem Gange zum bureau de recrutement. Und für die wenigen, die Nordafrikas Steppen und Sandwüsten, Tonkings und Madagaskars Fieberlöcher entgegen, beginnen die tragischen Konflikte erst wieder, wenn sie der deutsche Kommiss in seine, ach so liebevollen Arme nimmt, oder wenn sie im sogenannten Kulturleben den harten Daseinskampf wieder aufnehmen wollen. Die Legion selbst ist eine Anhäufung abgeschlossener Schicksale, das Nachspiel zu großen und kleinen Tragödien von nutzlos gewordenen aus allen Schichten der Gesellschaft. Das Regimentsproblem kann künstlerisch erschöpfend nur episch behandelt werden. Voll erfährt wird es nur auf gesellschaftskritischem Wege.

Erwin Rosen hat ein vielgerühmtes und, vom literarischen oder richtiger feuilletonistischem Gesichtswinkel aus betrachtet, lesbares Buch über die Fremdenlegion geschrieben. Es enthält neben einer Anzahl gutgezeichneter Typen, die auch in seinem Drama wiederkehren, einen Haufen von Kasernenkassich, der in der Legion unter der Mütze der Tropenbesen noch üppiger gedeiht als irgendwo anders. In seinem Drama aber hat er einzelne Seiten des Regimentsleben in grellen Farben zu Bühnenbildern zusammengepinelt. Die Schlußszene des vierten Aktes vor allem ist der insalubere Minoreicher.

Der casard, diese nordafrikanische Art des Tropenollers, geboren aus Heimweh, Lebensselbst, siebendrem Freiheitsdrang und wahnwichtigen Zwangsverstellungen, ist eine allgemeine koloniale Krankheit, die in der Fremdenlegion nur eine besondere physische

Eigenart hat und sich als Pludztieher äußert. Dem über Bord gegangenen deutschen Offizier, dem verdrachten Juristen, dem schwäbischen Bädereigenen und dem Berliner Walzbruder, ihnen allen wird das Defectieren zur fixen Idee. Aber der Versuch, dem eisernen Zwange und, unbenutzt, auch all dem Qualenden im eigenen Innern zu entziehen, führt nur zu oft in noch härtere Fesseln. Der ehemalige Offizier, der jüdische Jurist werden, weil sie ihre Flucht mit dem Bronzing erzwängen wollten, hand-rechtlich erschossen. C'est la légion, sagt Rosen. W fragen: Das ganze theatralische Drum und Dran ist ärgster, unabweer Mistch. Und als Würselin Wahheit bleibt der Kolonialmilitarismus mit seinen brutalen Mitteln und brutalen Werkzeugen.

Herr Lehmann und Emanuel Reichert haben in ihrem reichen Bühnenleben wohl selten solche tatsächliche und künstlerisch unabhäre Gestalten veredeln müssen wie diese verliche Skandinavien und den edelgesinnten algerischen Juden. Ein Glück für Herrn Rosen, daß er solche Künstler fand, die auch den Figuren eines Schauerromans noch menschlich ergreifende Farben geben können. Otto Werther gab den Kapitän Dupont als den Typ des rauhen, jüdischen Landweidenschaftsmanns, der in der Legion wohl vorlornmt, aber nicht für alle Legionsoffiziere gültig ist. Daß die Darsteller der Legionärrollen ihrer Aufgabe gerecht wurden, braucht bei einem Ensemble wie dem des Künstlertheaters kaum besonders betont zu werden. Schön waren die Bühnenbilder, nur haben sie mit dem wirklichem Saída, der „Löwenstadt“ des alten Arabellen Abdel Kader, so gut wie gar nichts gemein.

Im Kampfe gegen die Fremdenlegion spielt nationalistische Ueberhebung eine große Rolle. Die patriotische Schundliteratur ist um eine Flut von Legionsgeschichten vermehrt worden. Jetzt tritt auch das Theater in diesen edien Wettstreit. Gegen die Quellen, aus denen das deutsche Element in die Legion strömt, stellt man sich blind. Welche Werbetätigkeit wird in den deutschen Kasernen mit allen Drückhaken verrichtet? Wieviel Etsch-Lothringere fliehen vor der boruflischen Kolonialpolitik und der Fickelhaube in die Legion? Berstopt die deutschen Quellen der Legion und helfst mit im Kampfe, den wir diesseits und Jurets und die Seinen jenseits gegen den Militarismus führen, das ist wirkfamer gegen die Legion als Schundliteratur und Schauerdrama. e. d.

Schiller-Theater Charlottenburg: Die Walschienenbauer. 1859 schrieb der beliebte Komiker Weibrauch diese Fosse. Sie stellt, wenn man von Angelshs bedeutend früherem Lustspiel „Das Fest der Handwerker“ abstrahiert, wohl das erste deutsche Arbeiterstück dar. Berlin zählte damals an 500 000 Einwohner und die Arbeiterklasse hatte noch erheblich stärker angenommen als die bürgerliche Bevölkerung. Gerade im Norden Berlins waren die Maschinenfabriken mächtig gewachsen. Bei Vorsig braugen wurden anlässlich der Vollendung der tausendsten Lokomotive große Feste gefeiert und die Walschienenbauer galten allenthalben als Helden des Tages. Aus diesen Stimmungen heraus entstand die Weibrauchsche Fosse, zu der A. Lang die Musik schrieb. Ueber die Kleinbürgerlichkeit der Auffassung wie der Ideale braucht man sich nicht

rabel und sind beim Berliner Streifbrot, die der Verhaftete Keifing geliefert hatte, mit der üblichen Beschleunigung entlassen worden. Vorher war von Reichert in die Welt hinausgeschleudert worden, daß die Berliner Streifbrot „tätige Spezialisten“ seien, mit denen Jahresverträge abgeschlossen würden, so daß die Streifen ihre Blöße nicht mehr ersehen könnten. — In Wien ist der erste Tarifvertrag für den Spezialehandel abgeschlossen worden, und zwar zwischen der „Société Suisse d'Alimentation“ und dem Lebens- und Genussmittelarbeiterverband. Der Vertrag bestimmt die stündliche tägliche Arbeitszeit einschließlich der Pausen, Lohnzuschlag von 25 Proz. für Überstunden, monatliches Lohnminimum von 145 Kr. für das Verkaufspersonal (10 bis 16 Kr. mehr als bisher), alljährlich bezahlte 14-tägige Ferien. Die Verkaufsleute im Alter von 16 Jahren erhalten einen Monatslohn von 50 Kr., die von 17 Jahren von 70 Kr. und jedes folgende Jahr um je 20 Kr. mehr. Der Vertrag bedeutet eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Verhältnisse.

Aus der Partei.

Ausschluß Drupbachers.

Zürich, 23. Februar. (Fig. Ber.) Die Geschäftsleitung der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei hat den bekannten Züricher Arzt Dr. Drupbacher wegen seiner anarchistischen Richtung aus der Partei ausgeschlossen. Bekanntlich hatte vor zwei Monaten der Sozialdemokratische Verein „Eintracht“ in Zürich, dessen Mitglied Drupbacher ist, dessen Ausschluß mit 198 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Die Parteileitung hat jetzt als Refugium in die Ausschluß beschloffen. Der Fall ist durchaus peinlich. Drupbacher genießt in den Kreisen der Arbeiterschaft viele Sympathien. Die von ihm selbst gebotene Lösung der Frage, daß er sich als Sozialist und Anarchist zugleich bekannte, konnte nicht befriedigen, da nicht bloß in grundsätzlicher, sondern auch in tatsächlicher Beziehung zwischen Anarchismus und Sozialismus der höchste Widerspruch besteht. Die Zweifelsentzweigung Drupbachers würde wohl immer zum Siege des Anarchismus über den Sozialismus geführt haben. Es wäre daher von ihm das Richtige gewesen, wenn er freiwillig die Sozialdemokratie verlassen hätte.

Ein außerordentlicher Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie soll am 15. und 16. August in Bern stattfinden zur Behandlung folgender Geschäfte: Nationalrats-Proporz, Revision des Fabrikgesetzes, Internationaler Sozialistenkongress in Wien, Nationalratswahlen Ende Oktober 1914 und „Verschiedenes“.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Die großen erschienenen Nr. 5 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Das Ausnahmegericht wider die Arbeiterjugend. — Zölle (Schluß). — Die Schützengilde. Von O. Bursch. — Menschenwürde. Von Gg. Engelbert Graf. (Mit Abbildungen.) — Nieder mit dem Polizeiparagrafen! — Aus der Jugendbewegung. Des Lehrlings Leidenschronik. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Solidarität. Ein Zukunftsbild von Frey Sepp. — Wenn ich wieder zur Welt käme. . . . Von Frey Müller. — Emil Rosenowts „Aner Lampe“. Von Roland. — Deutschlands Wellhafen an der Weiser. Von Gustav Krüger. (Mit Abbildungen.) — Philosophie. (II. Metaphysik.) Von Karl Schröder. — Wissenschaft von der Sprache. — Der Tod eines Beamten. Von Anton Tscheplov. — Zölle. Gedicht von Karl Ettlinger.

Gerichtszeitung.

Ein Menschenjäger.

Der Hausdiener Nag Heidemann wurde gestern der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage des wiederholten Betruges im stoffschärfenden Rückfall vorgeführt. Der Vater des Angeklagten war ein in guten Verhältnissen lebender Gutbesitzer, seine Mutter lebt noch als Rentiere. Der Angeklagte hat seine Ausbildung in einer landwirtschaftlichen Schule erhalten und sollte Landwirt werden, ist aber entgleist und hat sich schließlich als Kustischer durchs Leben geschlagen. Im Juni 1893 verheiratete er einen Revolveranwärtler gegen seine Ehefrau, die er erheblich verwundet. In selbstmörderischer Absicht brachte er sich selbst eine Schusswunde bei, die ihn aber nicht tötete. Das Schwurgericht hat ihn feinerzeit wegen versuchten Mordes zu zehn Jahren Zuchthaus

zu verurteilen. Ganz Berlin war spiefcherhaft — also auch die Arbeiter. Schnapstriketten wie der alle ebrliche Schloffer Knobbe bildeten keineswegs Ausnahmen, und wir wissen ja, wie ingrimmig-satirisch Adolf Glockbrenner bereits im Vormärz gegen die Verloffenheit zu Felde zog. So wenig nun der Dichter-komiker eine Art politischer Aker vertritt, einen Hauch von dem Geiste der damaligen Arbeiterschaft läßt er doch in seiner Poesie verspüren. Alles mutet anheimelnd, „gemüthlich“ an — auch die Musik. Das ist tatsächlich jenes singende Alt-Berlin. Dahinein schwingen natürlich auch die Melodien verschiedener Opern jener Tage: die „Hugenotten“, „Martha“ usw. Und wenn die älteren Possendichter solche ernsthaften Puffunterlagen mit ihren Couplets verknüpften, so ergab diese Mischung allemal einen ersten Humor.

Die Aufführung der „Nachbarnbauer“ hat den Vorzug, daß es den Bearbeitern glückt, dem Geschlecht von heute jenes Stückchen Vergangenheit vollkommen verständlich und anziehend zu machen. Alles hat den Reiz der Neuzeit: das Stadt- und Landschaftsbild wie die Kleidermode. Die Verbindung mit der Gegenwart vermittelt manigfaltige parodistische Lieberterte und satirisch-komische Couplets. Eine darunter, worin die „Vielseitigkeit“ des Kronprinz geschilbert wird, löste mit dem Hupensignal aus dem Orchesterraum: Tati-tata! als Refrain unendliches Gelächter aus. Kennbar war es, Nag Katteg als Knobbe zu sehen, namentlich, wenn er (mit Anna Hansler) Liebeszenen vorträllte. Auch die übrigen Mitwirkenden taten ihr Bestes. Es gab während der ganzen Darstellung Hetterkeitsfallen ohne Ende.

Notizen.

Der Erfolg der Kritik. Von der Kritik war an der Aufführung der Reisterlinger im Deutschen Opernhaus die Anzeigen des 2. Aktes gelabelt worden. Die Direktion hat dem Rechnung getragen und Sophies Haus vorgeführt und in die Szene hineingebaut.

Hoffmanns Opernhausentwurf in amtlicher Selektion. Der von der Vereinigung Berliner Architekten scharf kritisierte Entwurf Ludwig Hoffmanns wird im amtlichen Zentralblatt der Bauverwaltung vortribigt und im einzelnen gerechtfertigt. Vor allem wird der Vorwurf der Feuerunsicherheit zurückgewiesen. Daneben wird betont, daß der Entwurf ja nur ein Vorentwurf und noch kein entgültiger sei und daß verschiedene Fragen noch an andern Theatergebäuden studiert werden.

Vorträge. Hauptmann Koch aus Kopenhagen, der die bisher nördlichste Durchquerung des grönländischen Inlandes im Verein mit Dr. Wegener aus Narburg anführte, wird am Freitag, abends 8 Uhr, in der Krania einen Vortrag über die Hauptergebnisse dieser Durchquerung halten. (Mit Lichtbildern.)

Deutsche Arbeiterzünfterfahrt nach Paris. Der Arbeitergesangverein „Freiheit“, Düsseldorf (Adresse: Restaurant Nordes, Kölnner Str. 84) veranstaltet zu Ostern eine Fahrt nach Paris mit vier tägigem Aufenthalt. Zu dieser Tour, an der sich auch andere Genossen beteiligen können, werden noch 86 Teilnehmer zugelassen. Preis ab Düsseldorf in III. Klasse 75 M.

berurteilt. Während er keine Strafe verbüßt, wurde er wegen verschiedener Eigentumsvergehen angeklagt und nochmals zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Es hat somit dreizehn Jahre Zuchthaus hintereinander abgeessen. Als er endlich wieder in Freiheit kam, war er für die Welt unbrauchbar, und es kann kaum Wunder nehmen, daß er in der Folge noch wiederholt Freiheitsstrafen erlitt. Die heutigen Straftaten hat er selbst zur Anzeige gebracht. Er erschien eines Tages auf der Polizei und beschuldigte sich, durch falsche Vorspiegelungen seiner „Braut“ und einem Missionar kleinere Summen aus der Tasche gelockt zu haben. Der Angeklagte machte gestern vor Gericht einen wirren Eindruck. Er behauptete, daß er schon einmal in der Irrenanstalt gefesselt habe und dorthin zurückwolle, denn seine Krerven seien ganz gerütert und er sei vollständig berrückt.

Das Gericht hielt es nach dem persönlichen Eindruck, den der Angeklagte machte, für geboten, den zuständigen Gerichtsarzt mit der Beobachtung des Geisteszustandes des Angeklagten zu betrauen.

Grausame Mißhandlungen eines 3 1/2-jährigen Kindes

lagen einer Anklage zugrunde, welche gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I beschätzte. Wegen Körperverletzung mittels grausamer Behandlung war die Frau Helene Marie Böhm geb. Sittler, zuletzt in der Windstraße wohnhaft, angeklagt.

Die Angeklagte hat ihr vorheheliches Kind in grausamster Weise mißhandelt. Erst auf eine Anzeige des Vereins zum Schutze der Kinder vor Ausbeutung und Mißhandlung wurde durch Gerichtsbeschluß das Kind anderweitig in Pflege untergebracht.

In der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht beantragte der Amtsanwalt ein Jahr Gefängnis. Das Gericht kam zu der verhältnismäßig milden Strafe von zwei Monaten Gefängnis. Gegen dieses milde Urteil legte die Angeklagte auch noch Berufung ein. Diese wurde von der Strafkammer mit der Begründung verworfen, daß es höchst bedauerlich sei, daß nicht auch der Amtsanwalt Berufung eingelegt habe, da das Gericht dann in der Lage sein würde, die jeder Menschlichkeit höhnsprechenden Mißhandlungen der Angeklagten mit einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahre zu sühnen.

Die sieben ärztlichen Jungfrauen.

Wie beispiellos naiv und leichtfertig manche Mädchen sind, wenn es sich darum handelt, noch einen Mann zu bekommen, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, welche gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I beschätzte. Wegen Betruges, schwerer Urkundenfälschung, einfachen und schweren Diebstahls war der Dekorationsmaler Artur Hennig angeklagt.

Der Angeklagte hat es verstanden, fast ein ganzes Jahr lang auf Kosten mehrerer heiratswilliger Mädchen, die längst „aus dem Schneider“ waren, herrlich und in Freuden zu leben. Seine Tätigkeit bestand darin, daß er auf die von den heiratslustigen Mädchen, meist Köchinnen, Wirtschaftlerinnen usw. erlassenen Heiratsannoncen an die betreffenden Briefe schrieb, die sämtlich mit den Worten begannen: „Wertes Fräulein! Auf die von Ihnen erlassene Heiratsannonce biete ich mich Ihnen als zukünftigen Mann an“ usw. Er gab dann an, er sei Malermeister, Mitglied mehrerer Vausgesellschaften, besitze ein größeres Vermögen, habe herzensguten Charakter usw. — Auf diese Aneinanderreihung der verschiedensten Vorsätze eines zukünftigen Ehepartners felen auch mehrere Mädchen herein, denen er unter allen möglichen falschen Vorspiegelungen die durch jahrelange Arbeit gemachten Ersparnisse abnahm, darunter Beträge bis zu 1500 M. Er steuerte sich auch nicht, einer seiner sieben Bekanntschaften ein Sparkassensbuch zu entwenden, bei einer anderen den Reiseforb aufzubrechen und Goldstücken zu stehlen.

Vor Gericht stellte der Angeklagte jede betrügerische Absicht in Abrede. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fuchs beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen gemeingefährlichen, geistvermehrigen Heiratswindler handle, eine Gefängnisstrafe von zwei einhalb Jahren, auf die das Gericht auch erlannte.

Ein netter Privatdetektiv.

Zu dem jezt aktuellen Thema der Gefährlichkeit mancher Privatdetektivs gehört eine Verleiddigungsllage, die gestern die Strafkammer beschätzte.

Angeklagt war der Privatdetektiv Johann Madrad. Dieser war von dem Polizeihauptmann Weymund beauftragt worden, des letzten Ehefrau zu beobachten, um Material für eine zwischen dem Eheleuten schwebende Scheidungsllage zu erbringen. Der Angeklagte hat sich dann in der leiber nicht seltenen Weise bemüht, solches Eheverhaltensmaterial selbst zu konstruieren. Er besaß sich eines Tages zu der von ihrem Manne getrennt lebenden Frau W., tat so, als ob er von der Trennung gar nichts wußte und gab vor, Herrn W. sprechen zu wollen. Als die Frau ihm erklärte, daß sie nicht mit ihrem Manne zusammen wohne, tat der Angeklagte, der sich als „Kaserneninspektor Lamprecht“ von der Kaserne in der Rathenower Straße vorstellte, sehr erstaunt, dat, näher treten zu dürfen und erzählte dann, daß ihm allerlei Schlimmes über ihren Ehemann mit dem Refrain, daß sie mit einem solchen Mann doch nicht mehr zusammenleben könne und doch jeden Augenblick einen anderen Mann bekommen würde. Er stellte dann in Aussicht, ihr ein Zimmer, welches sie vermieten wolle, abzumieten. Am nächsten Tage kam er wieder, sah sich das Zimmer nochmals an, umgarnie die Frau mit Schmeicheleien und schließlich trat er mit dem Vorschlag hervor: Sie solle sich ihm anvertrauen und mit ihm nach England oder Amerika fahren, wo sie sich ja verheiraten könnten. Nun durchschaute Frau W. den Ujov, der vergessen hatte, daß er sich Lamprecht genannt hatte und sich diesmal Schmidt nannte und ließ ihn festnehmen.

Das Schöffengericht hatte in diesem Verfahren des Angeklagten eine Verleiddigung für Frau W. erblickt, da der Angeklagte sie für fähig erachtet habe, die eheliche Treue zu brechen. Dazu komme, daß der Angeklagte selbst verheiratet sei und er genau wissen mußte, daß von einer Eheschließung zwischen ihm und Frau W. nicht die Rede sein konnte. Das Schöffengericht hat das Treiben des Angeklagten, das darauf hinausläufe, aus jändem Eigennutz eine unbefohlene Ehefrau zum Ehebruch zu verführen, als überaus verwerflich und „die Tätigkeit solcher Privatdetektivs als nahezu gemeingefährlich“ bezeichnet. Der Angeklagte, der übrigens auch schon eine zweijährige Juchthausstrafe hinter sich hat, wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, legte aber hiergegen Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung trat sein Verteidiger mit der Erklärung hervor, daß der Angeklagte schon im Irrenhause gefesselt und berechtigter Zweifel an seiner geistigen Befundtheit nicht von der Hand zu weisen seien. Das Gericht beschloß, den Gerichtsarzt mit den nötigen Feststellungen zu beauftragen.

Aus aller Welt.

Ländlich — sitlich!

Aus Stöttingen wird uns geschrieben: Zwei junge Frauen aus der Gegend von Wodenfelde a. d. Weiser gingen dieser Tage nach der Kreisstadt Uslar, um auf der Forstasse Holzkaufgeld zu bezahlen. Witten im Walde gefelle sich ein schneidiger Herr zu ihnen, der mit ihnen scherzte und schälerte. Man fand Gefallen an einander und wurde schließlich so intim, daß der Herr den jungen Frauen einen Hundertmarkschein verpfand, wenn sie ihm beide „gefällig“ sein würden. Allerdings müsse er bitten, ihm dann etwas Kleingeld zurückzugeben, da er sonst kein Geld bei sich habe

und noch noch seinem Bohnorte Kassel zurück müsse. Die beiden jungen Frauen sahen das ein, waren ihm beide „gefällig“, erhielten darauf von ihm den Hundertmarkschein und die eine gab ihm 10 M., die andere 12 M. zurück. Hocherfreut über die Gutmütigkeit des gelegentlichen Liebhabers trollten sich nun beide nach Uslar, um das Holzkaufgeld zu bezahlen. Wie groß war aber ihre Enttäuschung, als ihnen der Forstassendant erklärte, der Hundertmarkschein sei falsch, sei eine Blüte. Sie hätten vor Scham in den Erdboden versinken mögen, aber was half es, sie mußten, um noch größeren Unannehmlichkeiten zu entgehen, unter Tränen die Herkunft des falschen Scheines preisgeben. Im Hause gab es dann erst noch recht unangenehme Szenen und Auseinandersetzungen da auch den Männern das galante Abenteuer gebrichtet werden mußte. Ob freilich die betrogenen Ehemänner der Generalbeichte ihrer völlig zerführten Frauen auch den Generalpardon folgen liegen, sieht noch dahin.

Ein seltsamer Ueberfall.

Ueber einen recht eigenartigen Ueberfall auf einen Generalmajor bringt das Wolffsche Telegraphenbureau folgende Meldungen:

Reiße, 25. Februar. Als der Kommandeur der 24. Infanteriebrigade Generalmajor Voß gestern früh seine Durchsicht, die nicht zur rechten Zeit aufgefunden waren, wecken wollte, wurde er von ihnen überfallen und leicht verletzt. Lebensgefahr besteht nicht. Die Täter entflohen.

Reiße, 25. Februar. Die beiden Durchsicht des Generalmajors Voß sind auf der Eisenbahnstrecke Reibe-Doppeln zwischen den Stationen Reibe und Wischke tot aufgefunden worden. Vermutlich haben sie sich absichtlich vom Zuge überfahren lassen.

Wer mag die beiden Durchsicht zu dem Ueberfall betrogen haben, der für sie die fürchtbarsten Strafen im Besolge haben mußte?

Panik in einem Kinotheater.

Ein ganz ungefählicher Filmbrand füllte am Dienstagabend in einem Kinotheater in Salerno zu einer schweren Katastrophe. Als die zahlreichen Besucher des Theaters während der kinematographischen Vorstellung Rauch aufsteigen sahen, bemühten sie ihrer eine Panik. Alle drängten dem Ausgange zu und verstopften die Türen. Eine Anzahl Personen wurden von den Nachdrängenden zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Später gelang es, mehrere dieser Unglücklichen, die schwere Erstüdnungserscheinungen zeigten, wieder ins Leben zurückzurufen. Fünf Personen, unter ihnen zwei Soldaten, wurden getötet. Als Todesursache wurde Herzschlag festgestellt. Zahlreiche Personen erlitten während der Panik Verletzungen, fünf liegen schwerkrank danteder.

Das Unterveer in Spanien.

Wie aus Madrid gemeldet wird, dauern die Stürme in ganz Spanien an. In Valencia riß der Sturm das Dach eines Wasthauses ab; zwei Frauen wurden getötet, sieben verletzt. In einem Kloster wurde der Moekenturm umgestürzt; eine Frau wurde getötet. In Puertollano warf der Sturm beim Bau einer Eisenbahnbrücke beschäftigte Arbeiter zur Erde; ein Arbeiter wurde getötet, einer verletzt.

Grauenhafte Lynchjustiz.

In entsetzlicher Weise hat sich wieder einmal in den Vereinigten Staaten Richter Lynch betätigt. Ein des Nordes an dem Stellvertreter des Scheriffs angeklagter Reger wurde in Leland im Staate Mississippi von der sanftmütigen Bevölkerung gefangen genommen, gebunden und an ein Gefäß mit Del gestellt, das angezündet wurde. Die Flammen brannten die Stride, mit denen der Reger gefesselt war, durch, worauf der Unglückliche zu flüchten suchte. Er wurde jedoch wiedergeschossen und sein Leichnam wieder aus Feuer gelegt, wo er vollkommen verbrannte.

Kleine Notizen.

Das Grubenunglück im Ruhrrevier. Von dem am Dienstag auf Besse Viktoria bei Kupferdreh verunglückten acht Bergleuten sind bisher zwei gestorben. Die Verletzungen der übrigen fünf im Krankenhaus Bergmannshaus befindlichen Bergleute sind erster, als zunächst vermutet wurde. Es handelt sich um schwere Verletzungen des Rückgrats und der inneren Organe.

Blutige Faschingsfeier. In dem Dorfe Wandsdorf bei Wien kamen am Dienstag anlässlich der Faschingsfeier langjährige Feindseligkeiten zwischen der Dorjugend zum blutigen Ausbruch. Dabei wurde ein Burche durch Meißerküche getötet und vier schwer, zahlreiche Wunden leicht verletzt.

Ein betrügerischer Briefträger. In Krakau wurde der Selbstbrieffträger Baranski verhaftet, der seit langer Zeit aus Amerika kommende Briefschaften erbrochen und ihres Inhalts beraubt hatte. Die Höhe der auf diese Art entwendeten Beträge ist bedeutend, da sich in vielen Briefen Sendungen von mehr als tausend Kronen befanden.

Ein verhängnisvoller Sprengschuß. Bei dem Bahnbau Ospe-Meinerzhagen wurden durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß zwei Arbeiter getötet und ein dritter verletzt. Die Getöteten wurden durch die Gewalt der Explosion 60 Meter weit geschleudert und fürchtbar zugerichtet. Bis jezt hat der Bahnbau, der vor einem halben Jahr in Angriff genommen wurde, sechs Arbeiter das Leben gekostet.

Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, in Rellers Neuer Wählharmonie, Ködnicker Straße 49/51. Vortrag: Die Seele der Frau (nach der modernen Psychologie). Referent Herr Dr. Ernst Meyer.

Frauen-Leseabende.

Mit-Offenide. Heute Donnerstag, den 26. d. M., im Jugendheim, Grünauer Straße 7. Genossin Knyed, Triptow-Dammshoferweg, spricht über „Unser Sonnentag“.

Witterungsüberzicht vom 25. Februar 1914.

Stationen	Barometertendenz mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temperat. max. + min.	Stationen	Barometertendenz mm	Windrichtung	Wolkendeckung	Temperat. max. + min.			
Strombe.	758	Ost	4	bedeckt	-1	Osaranda	766	St	9	bedeckt	-8	
Hamburg	756	Ost	4	Regen	1	Bretterburg	770	St	11	Rebel	-14	
Berlin	755	O	4	Schnee	-0	Scilla	758	St	11	4	halb bed.	8
Frankf. a. M.	753	St	1	bedeckt	2	Herrden	758	St	11	3	molli	9
München	751	O	4	bedeckt	-0	Paris	753	St	11	3	molli	2
Wien	759	O	1	bedeckt	1							

Wetterprognose für Donnerstag, den 26. Februar 1914.

Zeitweillich aufklarend, aber vorwiegend trübe mit geringeren Niederschlägen und höchsten stillen Winden; Temperatur in der Nähe des Gefrierpunktes.

Was geht uns Frauen die Politik an?

Die Frau gehört ins Haus, so sagen die Philister, so die Rückwärtsgeretter aller Art. Aber die Frage ist: Kann die Frau im Hause bleiben, wenn sie sich dem schönen Beruf der Mutter, der Erziehung der Kinder widmet? Die übergroße Mehrzahl der Proletarierfrauen kann es nicht. Ständig nimmt die Frauenarbeit zu. Gibt es doch heute schon eine große Reihe von Industriezweigen, in denen die Beschäftigung von Frauen überwiegt. Mit der wirtschafflichen Selbständigkeit muß aber auch die politische kommen. Der erwerbenden Frau kann es nicht gleichgültig sein, welche Politik die Regierung betreibt. Ob die Gesetzgebung für ausreichenden Schutz der weiblichen Arbeitskraft sorgt, ob genügend für Witwen- und Waisenfürsorge aufgewendet, ob Krankenhäuser, Entbindungsanstalten vorhanden, Schwangers- und Wöchnerinnenchutz geregelt sind, all dies sind die ureigensten Angelegenheiten der Frau.

Und das berührt natürlich nicht weniger auch die Frau, die in der glücklichen Lage ist, „nur“ den Pflichten der Mutter und Hausfrau obliegen zu dürfen. Hat nicht gerade sie die größten Sorgen, wenn das Brot und Fleisch, wenn alle notwendigen Lebensmittel abermals verteuert werden? Verteuert nicht durch Wägen, Unfälle oder dergleichen, sondern künstlich in die Höhe geschraubt durch eine falsche, volksfeindliche Politik.

Die Familienmutter muß sich klar machen, daß sie infolge der Zoll- und Steuerpolitik beim Einkauf aller Lebensmittel dem Staate eine Steuer zu zahlen hat. Rund 100 M. pro Jahr fordert der Militarismus für Soldaten, Kanonen und Schiffe von einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie. Davon fließt jedoch infolge unserer famosen Zollgesetzgebung der Löwenanteil in die Taschen der Junker. So ist jede Schmitz Brot, die die Mutter ihren Kindern schneidet, jeder Tropfen Milch, der dem Säugling gereicht wird, versteuert durch Zölle und Abgaben.

Und nichts anderes ist es mit der äußeren Politik. Bei dem Ausbruch eines Krieges — ist es da nicht die Frau, die am meisten unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden hat? Wenn die Mutter den Sohn, die Frau den Ernährer im Felde verloren hat, dann bleibt ihr das Los, auf den Trümmern des Familienglücks den Rest ihres Lebens zu verbringen.

Nein, die Frau muß aufhören, nur Objekt der Gesetzgebung zu sein, sie muß selbständig eingreifen in das öffentliche Leben, in die politische Bewegung. Es ist das eine notwendige Folge der wirtschafflichen Entwicklung. Daß die Frauenbewegung nicht künstlich hervorgerufen ist durch „politiserende Weiber“ und „sozialdemokratische Heher“, das sehen nachgerade selbst ernste und ehrliche bürgerliche Politiker ein. So schreibt der „Türmer“ (Herausgeber Freiere u. Grotthuß), eine konervative, aber dem Zirkus-Konservatismus abgeneigte Monatschrift in der soeben erschienenen Märznummer in einem Artikel über die „Ursache der Frauenbewegung“:

„Allmählich ringt sich die Erkenntnis durch, daß die Frauenbewegung oder Frauenfrage nicht das Werk einer Handvoll segner anormaler oder aßerueller Weiber ist oder gar nur durch diese repräsentiert wird. Der heute, nachdem uns Australien, Kanada, die Vereinigten Staaten zum Teil, und vor allem England über den weiten Umfang der Frauenbewegung aufgeklärt haben, sich immer noch hinter die abgegriffenen Phrasen der Inferiorität oder Superiorität der Frau flüchtet, oder wer in einer Schmelz- und Beden messenden, Hirn schlagenden Pseudowissenschaft der Frage der Frauenbewegung Lösung sucht, beweist damit nichts anderes, als seine Unfähigkeit, das Problem zu erfassen, und weiter eine gähe Denkfaulheit. In Deutschland macht die Frauenbewegung in letzter Zeit größere Fortschritte, so daß sich ihre Gegner nun veranlaßt sehen, ihr mit kollektiver Kraft gegenüberzutreten. Doch muß man feststellen, daß trotz dieser Umstände die Einsicht in das Warum und Wie der Frauenbewegung oft gleich Null ist wie an deren erstem Tag.“

Nachdem der Verfasser die ökonomische Entwicklung untersucht hat, die zu der unaufhaltsamen Bewegung führt, kommt er zu dem Schluß, daß die Frauenbewegung sich auf die Klasse der Arbeiterinnen stützen muß:

„Denn nur die großen Massen der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten der Großstädte Englands vermögen der Frauenbewegung Schwergewicht zu verleihen. Jede Frauenbewegung stützt sich entweder auf diese Massen, wodurch sie allein eine ernst zu nehmende Bewegung darstellt, oder sie tut dies nicht und bleibt damit eine Salon- oder Studierzimmerfrage, der nur Kuriositätswert zu eigen ist. Die Frauenbewegung Englands ist also eine ökonomisch bedingte Erscheinung, die künftige Frauenbewegung Deutschlands muß dies ebenfalls sein.“

Und das beherzigt, Ihr Arbeiterfrauen, zu Eurem Frauentag und in der roten Woche!

Förderung der Arbeiterinneninteressen.

Ende vergangener Woche tagte in Berlin die dritte Deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, veranstaltet von einer Reihe bürgerlicher sozialpolitischer Vereinigungen und Frauenorganisationen. Schon aus der Zusammensetzung der Veranstalter kann man auf den Geist schließen, der diese Tagung beherrscht. Neben den Christ-Dummerschen Gewerbevereinen, dem Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen waren auch die Vereine evangelischer Arbeiterinnen und der katholische Frauenbund, die Zentralstelle für Volkswohlfahrt und der Bund deutscher Frauenvereine vertreten. Unter den Referenten und Diskussionsrednern fand sich überhaupt keine Arbeiterin. Auf einer solchen Tagung können daher nimmermehr die Forderungen der Arbeiterinnen zum Ausdruck gelangen, selbst wenn die Veranstalterinnen von der besten Absicht geleitet würden, die Interessen der Arbeiterinnen zu fördern. Die bloße Weiskämpfung mit Fragen, denen man seinen ganzen Lebensverhältnissen nach fernsteht und an die man von außen herantritt, kann nicht die Siederhitze des Verständnisses und des Urteils verleihen, die durch das tägliche Erleben gewonnen wird. Wohl reaktionäre und den Interessen der Arbeiterinnen entgegengelegte Anschauungen mißtrauten sich daher auf der Tagung mit solchen, denen man mehr oder minder zustimmen konnte. Aber diese wenigen Forderungen, deren Erfüllung den Arbeiterinnen helfen könnte, verschwanden unter dem Wust schädlicher und überflüssiger Wünsche.

Den Hauptteil der Debatten bildete die Erörterung der Lebensverhältnisse der ländlichen Arbeiterinnen, aber nicht vom Standpunkt der Arbeiterinnen aus, sondern unter dem Gesichtswinkel: wie kann die für die Agrarier so unangenehme Landflucht beseitigt werden? Die Ausführungen des ersten Referenten Professor Dr. Anzengruber waren derart, daß selbst ein bürgerliches Blatt dagegen protestiert, daß der Redner sich in konservativen Allgemeinplätzen erschöpfe. Der Redner forderte ein Verbot gewerblicher Kinderarbeit auf dem Lande; an der landwirtschaftlichen Kinderarbeit hat er nichts auszusetzen. Die Anweisung freier Bauern schien ihm zu ge-

fährlich, dagegen befürwortete er Arbeiterpächtereien, in denen der Arbeiter vom Großgrundbesitzer dauernd abhängig bleibt. — Er warnte geradezu vor der Ausdehnung der Sozialpolitik und der geistigen Hebung der Landarbeiterschaft, weil beides nur zur vermehrten Abwanderung vom Lande führen würde.

Von den Forderungen der Korreferentin Gertrud Döhrenfurth konnte man nur die nach obligatorischer Fortbildungsschule für Mädchen und nach Ausgestaltung des Mutterbuches durch die Krankenkassen unterstügen. In weiteren Erörterungen über gesundheitliche Fragen auf dem Lande wurde von einem Herrn v. Schmelming die Lausache bestätigt, daß sich der Gesundheitszustand der Landarbeiter verschlechtert habe. Die Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen auf dem Lande behandelte Dr. Rosa Kempf, ohne doch das für die Arbeiterin Notwendige scharf herauszuarbeiten. Die Hebung des Standesbewußtseins empfahl dann Elisabeth Boehm in einem Vortrag über die Bedeutung des Vereinslebens für die Kleinbäuerin und Landarbeiterin. Der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband existierte natürlich für die Rednerin nicht, obgleich er doch allein das so notwendige Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl mit der gesamten Arbeiterschaft pflegt.

Neben der Erörterung der Lage der ländlichen Arbeiterin traten die übrigen Referate über die Frauenarbeit in den Basch- und Plattanstellen, in der Metallindustrie und in der Konfektionsindustrie zur Sprache. Auch sie änderten nichts an dem Charakter der Tagung, der darauf hinauslief, nur soweit den Wünschen der Arbeiterinnen Rechnung zu tragen, als sich mit der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise und den Ansprüchen der agrarischen und industriellen Unternehmer auf möglichst brauchbare Ausbeutungsbjekte vereinigen läßt.

Die englischen Kämpfe um das Frauenwahlrecht.

Zweifellos haben sich in Großbritannien die heftigsten Kämpfe um das Frauenwahlrecht abgepielt. Die Frauen haben dort etwa nicht von vorneherein die Offensive ergriffen; vom Jahre 1851 an, wo zum erstenmal eine öffentliche Versammlung durch Lord Carlisle dem Oberhaus eine Petition überreichen ließ, bis zum Jahre 1905 wurde in durchaus ruhiger Weise gearbeitet. Eine lebhafte Agitation hatte Scharen von Frauen in die Stimmrechtsorganisationen geführt. Alle nur irdischen Propagandamittel wurden benutzt. Einzelne Petitionen trugen Tausende von Unterschriften. Bei den Wahlen wurden die Kandidaten bearbeitet, viele von ihnen gaben schriftliche Versprechungen, um sie nachher, ohne irgendwelchen Strapsel zu empfinden, zu brechen. Erst 1905 nahm die Agitation schärferen Charakter an, und zwar — das verdient noch einmal festgesetzt zu werden — nahm die unter dem Namen Suffragettes bekannte Kampfweise ihren Ausgang von einer höchst ungerechten Verteilung zweier Frauen, einer Arbeiterin und eines Mädchens aus angesehener Bürgerfamilie, zu Gefängnisstrafen, weil sie eine Protestversammlung gegen die Rede eines Ministers unter freiem Himmel abgehalten hatten. Von diesem Moment an ist von den Suffragettes mit kurzen Unterbrechungen ein scharfer Kampf gegen die englische Regierung geführt worden, und die Methoden haben von Jahr zu Jahr an Heftigkeit zugenommen. Die englische Regierung kann die Verantwortung für die von den Suffragettes im Lande verursachten Unruhen nicht ganz von sich abwählen. Ihre schwankende Haltung, die zahllosen Fehler, die sie begangen hat, die aufsteigenden Reden einzelner Minister, die verschiedenen nicht erfüllten Versprechungen und endlich die Schaffung von zweifelhaftem Recht bei der Beurteilung von Vergehen, je nachdem sie von Männern oder von Suffragettes begangen wurden, haben die Bewegung sehr gestärkt und ihr immer neue Nahrung zugeführt.

Es ist nicht möglich, hier alle Daten der englischen Frauenwahlrechtskämpfe anzuführen und es hat auch verhältnismäßig wenig Zweck. Es genügt die Feststellung, daß verschiedenartig große Majoritäten im Unterhaus für ein beschränktes Frauenwahlrecht vorhanden waren, und daß es ausschließlich an der Regierung lag, wenn trotzdem die Verträge zu Fall kamen. Entweder gab sie keine Zeit zur weiteren Verhandlung oder sie bestimmte eine Reihe von Abgeordneten, von der Ablehnung fernzubleiben oder sie wählte andere Mittel an, um die Gesetzgebung des Frauenwahlrechts zu verhindern.

Solange die liberale Regierung mit Herrn Asquith an der Spitze am Ruder ist, müssen die Frauen den Gedanken an das Wahlrecht fahren lassen und es scheint, als ob sich die englischen Frauenstimmrechtlerinnen endlich ebenfalls davon überzeugt hätten. Der größte der Verbände, der bisher jeden Kandidaten unterstützte, der für das Frauenwahlrecht eintrat, hat nun seine Taktik vollkommen geändert. Er tritt jetzt in allererster Linie für die Arbeiterpartei ein und begründet diese Schwenkung in seiner Haltung damit, daß diese die einzige Partei ist, die sich in der Frage des Frauenwahlrechts als zuverlässig erweisen hat. Stellen in einem Wahlkreis, wie zum Beispiel vor kurzem bei der Nachwahl in Nordwest-Durham, Arbeiterpartei, Liberale und Konservative Kandidaten auf, so leistet der Frauenstimmrechtverband Wahlhilfe für die Arbeiterpartei, auch wenn, wie in diesem Falle, alle drei Kandidaten sich als entschiedene Freunde des Frauenwahlrechts bezeichnen.

Man kann den englischen Frauen nur wünschen, daß sie mit dieser Taktik Erfolg haben d. h. daß sie durch ihre Arbeit eine große Zahl von Abgeordneten der Arbeiterpartei in das englische Unterhaus bringen. Erst dann, wenn die Labour Party in angemessener Stärke vertreten ist, werden sie damit erreichen können, die politische Gleichberechtigung zu erhalten, wie denn überhaupt die Erlangung des Frauenwahlrechts von dem Einfluß abhängt, den die Arbeiterschaft auf die Politik der Staaten ausübt.

Frauenstimmrecht.

Fortschritte in Nordamerika. Der Sieg der Demokraten in den Vereinigten Staaten bietet den Freunden des Frauenstimmrechts keine besseren Aussichten auf Erfüllung ihrer Forderungen. Ein Antrag, einen Sonderauschuß zum Studium der Frage einzusetzen, wurde vom Kongreß rundweg abgelehnt. In einzelnen Bundesstaaten dagegen erringt das Frauenstimmrecht weitere Erfolge. Illinois hat kürzlich den Frauen das Stimmrecht für die meisten lokalen und Staatsämter gegeben. In New Jersey und New York wird die Wahlrechtsfrage zur Volksabstimmung gestellt.

Wann kann die deutsche Frau wählen? In den Krankenkassen- und Versicherungswahlen können die Frauen in Deutschland als Gleichberechtigte teilnehmen. Außerdem haben die Firmeninhaberinnen das aktive Wahlrecht zur Handelskammer, das sie aber nicht persönlich ausüben dürfen. Sie müssen sich durch ihren Prokuristen vertreten lassen. Nur im Großherzogtum Hessen haben sie aktives und passives Wahlrecht zur Handelskammer und dort üben sie es auch persönlich aus.

In den sechs östlichen Provinzen Preußens besitzen die Grundbesitzerinnen in den Landgemeinden das kommunale Wahlrecht, auch hier dürfen sie nicht selbst ihre Stimme abgeben, sondern müssen einen männlichen Wahlberechtigten mit ihrer Vertretung beauftragen. Ebenso ist es in den anderen Provinzen, mit Ausnahme von Hannover und der Rheinprovinz. In Sachsen-Weimar-Eisenach, dem Herzogtum

Ruburg und den Fürstentümern Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen haben die Frauen, die das Bürgerrecht erwerben, das kommunale Wahlrecht; in den bayerischen Städten die Hausbesitzerinnen. Überall müssen sich die wahlberechtigten Frauen durch einen männlichen Wähler vertreten lassen. Das bedeutet eine gewaltige Einschränkung ihres Rechts, denn sie haben keine Möglichkeit zu kontrollieren, ob die Stimmabgabe in ihrem Sinne erfolgt. Hier und da wird heute bereits von Arbeitgebern der Versuch gemacht, die Arbeiterinnen zu bewegen, das Bürgerrecht zu erwerben; die dazu benötigte Summe wird ihnen sogar borgezinst und in kleinen Raten vom Lohn wieder einbezahlt. Das geschieht in der Voraussetzung, daß die Arbeiterinnen ihre Arbeitgeber mit der Vertretung bei der Wahlhandlung beauftragen, und gerade weil mit der indirekten Stimmabgabe in dieser Weise Mißbrauch getrieben wird, sollte darauf hingearbeitet werden, daß die Frauen das Recht zur persönlichen Ausübung des Wahlrechts erhalten, auch wenn im Augenblick ein demokratisches Wahlrecht für sie nicht erreicht werden kann. Das wäre natürlich nur ein ganz minimaler Fortschritt, aber man bestimme gleichzeitig neue Beweise dafür, daß die Ausübung des Wahlrechts die weiblichen Tugenden in keiner Weise beeinträchtigt.

Die weitestgehenden Rechte stehen den Frauen in den Landgemeinden der Provinz Hannover zu, dort sind sie zwar auch vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen, aber in bezug auf das aktive Wahlrecht wird kein Unterschied zwischen ihnen und den Männern gemacht. Im Königreich Sachsen dürfen nur die unverheirateten Grundbesitzerinnen das Wahlrecht persönlich ausüben. In Elb- und Vorpommern, Mecklenburg und der Rheinprovinz schließlich haben auch die grundbesitzenden Frauen kein Wahlrecht zur Gemeindevertretung.

Sozialdemokratischer Frauentag in der Schweiz. An nicht weniger als 32 Orten werden am 8. März sozialdemokratische Frauenversammlungen in der Schweiz stattfinden, in denen je ein Genosse und eine Genossin referieren werden. Eine geradezu freudige Ueberzefassung bedeutet die statliche Liste von 32 Genossinnen als Referentinnen, die mehr als manches andere beweist, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung auch in der Schweiz starke Fortschritte macht.

Frauenarbeit.

18 689 weibliche Lehrlinge zählt eine Statistik des Verbandes für handwerkliche und sachgewerbliche Ausbildung der Frau auf Grund einer Umfrage bei dem Handwerks- und Gewerbevereinen. So groß die Zahl erscheint, so entspricht sie sicher nicht annähernd den tatsächlichen Verhältnissen. Denn die Ausdehnung der Handwerkslehre auf die Frauen, die vorschreibt, daß nur Meisterinnen Lehrlinge ausbilden dürfen, und daß die weiblichen Lehrlinge und Gesellen denselben Bildungsgang nachweisen müssen, wie ihre männlichen Kollegen, ist noch viel zu neu, als daß die Kammern vollständig auf dem Laufenden sein könnten. Außerdem unterliegen auch nur gewisse Berufe diesen Bestimmungen. Es sind vor allem die Schneiderinnen, deren Zahl denn auch am größten nach der Statistik ist. Unter den 18 689 Lehrlingen, die in die Lehrlingsrollen eingetragen waren, wurden 14 204 Schneiderlehrlinge gezählt, und zwar davon in Preußen 7293, in dem übrigen Deutschland 6971. Hinter ihnen steht die Zahl der Buchbinderlehrlinge mit 3686 im ganzen Deutschen Reich weit zurück, und ihnen folgen in großem Abstand mit nur 141 die Freisetzerinnen. Ihre geringe Anzahl sowie die der Weibnäherlehrlinge — es sind 107 — läßt darauf schließen, daß diese Berufe nur in wenigen Bezirken als Handwerk betrachtet werden.

Eine Reihe von Kammern ist dazu übergegangen, Frauen in die Gesellenprüfungsausschüsse und die Meisterprüfungskommissionen zu wählen. In den ersteren hat z. B. Schwerin 102 Frauen, in den letzteren 52. In Oldenburg hat man eigene Ausschüsse und Kommissionen für Schneiderinnen und Buchbinderinnen nur aus Frauen gebildet. In einigen Bezirken steht jedoch die Regelung dieser Frage, die für das weibliche Handwerk von großer Bedeutung ist, noch ganz aus. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die Zahl der Meisterinnen, die heute 2123 beträgt, in den folgenden Jahren rasch zunimmt.

Frauenwahlrechtszeitung.

Für den Frauentag hat die Redaktion der „Gleichheit“ (Mara Jeklin) wieder eine illustrierte Agitationszeitung „Frauenwahlrecht“ herausgegeben.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Tag wird kommen. Gedicht von Ludwig Pfau. — Bild auf Gedicht von Otto Krille. — Ostara. Von Clara Müller-Jahnke. — Verheißung. — Frauentag und Internationale. Von Adelheid Popp. — Thomas More, der Pfadfinder der Gleichheit und Freiheit. Von Berta Selinger. — Robert Owen. Von Mathilde Baum. — Charles Fourier. Von Luise Fieß. — Was die Frauen Marx und Engels verstanden. — Rufen die Proletarierinnen im Parlament Vertreterinnen haben? Von Hilja Hirsflin. — Vom Kampf für das Frauenwahlrecht in Holland. Von M. Wibaut und Helen Antersmit. — Unser Jahr in Großbritannien. Von Dr. Marion Phillips, London.

In künstlerischen Bildern enthält die Zeitung: „Amazonen“ von Quailon. „Der schwere Gang“ von Fr. v. Ithde. „Die Wasserschöpferinnen“ von Rille. „Madonna mit dem Kind“ von Kurilla. Der Preis der Zeitung ist 10 Pfennig. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Volportreue. Die Organisationen erhalten die Zeitung zu den für die „Gleichheit“ üblichen Bedingungen. Bestellungen richtet man an die Expedition der „Gleichheit“, Stuttgart, Furtwachsstraße 12.

Volksfürsorge.

„Ich komme für die neue Volksversicherung!“ So führen sich zahlreiche geriffene Agenten der verschiedenen gegen die „Volksfürsorge“ neu gegründeten Volksversicherungsgesellschaften in die Familien der kleinen Leute ein, um bei diesen, die gerade auf die „Volksfürsorge“ warten, den Einbruch zu erwecken, als ob sie es mit einer Vertrauensperson der „Volksfürsorge“ zu tun hätten. Hier heißt es aufmerksam prüfen! Man frage stets nach dem vollen Namen der Versicherungsgesellschaft! Wer sich unter falscher Flagge einführt, verdient kein Vertrauen, der verdient, von der Lar gewiesen zu werden!

Also, Arbeiter und Frauen, habt acht! Eure Versicherung ist die „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-gemeinschaftliche Versicherungsgesellschaft in Hamburg!

Tagungen.

Die Hauptstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Groß-Berlin, Potsdamer Str. 134a (Vorhänger: Stabmedizinische Dr. Weber), veranstaltet in den Monaten März und April dieses Jahres eine Reihe wissenschaftlicher, zum Teil mit Anhalt- und Vorträgen verbundener Vorträge, die ein Bild geben sollen von dem gegenwärtigen Stande der Fürsorgemaßnahmen, wie sie ins besondere in Groß-Berlin bestehen.

Die Vorträge sind in erster Linie für die in der praktischen Arbeit stehenden Vereinsleiter, Vorstandsmitglieder, Anstalts- und Bureauleiter, sowie für berufsmäßige und freiwillige Helfer und Helferinnen, Schwestern usw. bestimmt. Die Hauptstelle läßt die vorgenannten Persönlichkeiten und sonstige Interessenten zum unentgeltlichen Besuch der Vorträge und Vorträge hören ein und bietet, sich wegen der Programme und Eintrittskarten an die Geschäftsstelle, Potsdamer Str. 134a, schriftlich oder telefonisch (Aurfürz 6130) zu wenden.

Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung betreffend Wahlen des Ausschusses. Aus den Reihen der Arbeitgeber...

Der Vorstand. Gust. Lubatsch, Vorsitzender. Rob. Krüger, Schriftführer.

Bekanntmachung.

Gemäß § 90 der Satzung magen wir hierdurch bekannt machen...

Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Gärtnere zu Berlin. E. Lissack, Vorsitzender.

Direkt an Private. Hierfür ist meine vorzüglich eingeführte, bewährte Pflanzenbutter u. Margarine...

Hautleiden.

Nicht bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wunderbare heilende Medizin...

Der echte Kapitan-Kantabak ist nicht nur durch seinen feinen Geschmack...

Das Christusproblem gelöst!

In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war...

Offene Füße. Krampfaderngeschwüre, wenn auch veraltet u. hartnäckig, schmerzhaft...

Verkäufe.

Kunstergardinen, praktische Neuheiten. jeft 4,75. Ländeldecken 1,95. Stores 2,50...

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! (Fehlerhafte) in allen Größen, jeft für die Hälfte des Preises.

Leppiche! Extraverkauf! Ein Vollen haltbarer Spezial-Emptropische...

Speisezimmer, modernes Möbel, 100 breit, Krefenz, Sofa, Umbau...

Prachtvolles Kalkholz Sofa, Umbau, moderne Einrichtung, jeft neu...

Spezialarzt. Haut, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Gicht, Rheuma...

Große Einkaufsvorteile bietet Teppich-Spezialhaus.

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Riesen-Teppich-Lager aller Größen und Qualitäten.

Sofa-Größe: à 5, 10, 15-40 M. Salm-Größe: à 15, 20, 30-150 M.

Eine Partie reichgestickter Plüschportieren pro 6,85 (regulär) Fenster 6 M. (10,50)

Spezial-Katalog 650 Abbildungen gratis u. franko.

Frankoversand aller Waren v. 20 M.

Parteiangelegenheiten.

Billige und gute Theateraufführung.

Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, im Lessing-Theater
 Schiiler: Professor Bernhardt.
 Das Stück ist der Berliner Arbeiterschaft warm zu empfehlen. Es gibt ein Bild vom Leben in den Hofrats-, Minister- und Universitätskreisen Wiens, leuchtet hinein in die Kleinlichkeiten des nach außen so respektabel erscheinenden Lebens der Honoratioren.
 Die Karten kommen in folgenden Stellen zum Verkauf:
 Zigarrengeschäft Horst, Engelauer 15.
 „Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4.
 Restauration Diebler, Brunnenstr. 145.
 Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstr. 71, von 9 bis 1 und 5 bis 7 Uhr.
 Restauration Baerich, Oldenburger Str. 10.
 Preis des Platzes 1,10 M. inkl. Zettel und Garderobe.
 Der Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin.

Treptom-Baumenschulung. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei öffentliche Kommunalwählerberatungen statt, und zwar im Lokal zur Rennbahn, Eissenstr. 115, und im Gesellschaftshaus, Baumtschulenstr. 78. Tagesordnung: Die bevorstehenden Gemeindevahlen.

Morgen Freitag, abends 7 Uhr: Kubertvertreibung vom dem Bezirkslokal aus.

Zegel. Am Donnerstag, den 26. Februar, abends 7 Uhr, sowie am Sonntag, den 1. März, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus wichtige Flugblattverbreitung.

Am Freitag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Kommunalwählerversammlung in Trepp's Festsaal, Bahnhofstr. 1. Referent: Stadtverordneter Karl Reid.

Reinickendorf. Heute Donnerstag, 8 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Freitag, den 27. Februar, findet bei Haal, Chausseestr. 48, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. Referent: Genosse Pöpel. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten.

Reinickendorf-West. Der Bildungsausschuss veranstaltet einen Vortragszyklus mit dem Thema „Geschichte des Sozialismus“. Der Kommunisten im Altertum und im Mittelalter. Plato, Thomas More u. a. Vom archaischen Kommunismus bis Thomas Münzer. Die Vorträge finden statt am Donnerstag, den 26. Februar, 12. März und 28. März bei E. Schröder, Eichhornstraße, Eichhornstraße 60. Donnerstag, den 5. März und 19. März bei Hallmann, Schornweberstr. 54. Beginn der Vorträge 8 1/2 Uhr. Die Parteigenossen werden ersucht, möglichst vollzählig an diesen Vorträgen teilzunehmen.

Berliner Nachrichten.

Berliner Straßenschilder.

(Am Alexanderplatz und in der Dirschenstraße.)

In majestätischer Gelassenheit schaut das eiserne Riesenweib „Berolina“ von ihrem hohen Postament herab auf das einem riesigen Ameisenhaufen vergleichbare Gewimmel des Großstadtlebens. Sie schaut herab auf die vorüberflutenden Menschenmassen, die ihrer Arbeit und ihrem Erwerb, zum Teil aber auch ihrem Vergnügen nachgehen und auf die unzähligen Fuhrwerke aller Art: elektrische Straßenbahnen, Autodroschken und Autobusse, Geschäfts-, Last- und Marktwagen, die den weiten Platz und die in ihn einmündenden Straßen mit ihrer Betrieblichkeit erfüllen. Die Düpentrufe der Autos und die Glockenzeichen der Straßenbahnen, das Pfeifengegell der Fuhrer und das Geschrei aller möglichen Ausrücker, Zeitungshändler und Blumenverkäuferinnen dringt ohne Unterlass in wirrem Durcheinander auf unser Gehör ein, zeitweise überdeckt durch schrille Pfeifensignale der den Fuhrwerksverkehr regulierenden Schutzleute oder das weitüberschallende Geräusch der über den eisernen Straßendiadukt ein- und ausfahrenden Stadtbahnzüge.

Vom Turm des Rathauses hört man dumpf dröhnend die Schläge der Turmuhr, in welche sich gleichzeitig das harmonische Gelächte vom hohen, schlanken Turm der Georgenkirche mischt. Das Zifferblatt der Rathausuhr zeigt 10 Uhr an.

Riesenhafte Geschäfts- und Warenhäuser, bis unter das Dach mit den Erzeugnissen der Kunstfertigkeit und des Gewerbelebens angefüllt, mit glänzenden Auslagen, deren geschmackvolle und prächtige Dekorationen von einem zahlreichen, allerdings weniger kauslustigen als neugierigen Publikum bewundert werden, dazu die gewaltige, düstere Halle des Bahnhofs „Alexanderplatz“ und einige trotz der noch frühen Tageszeit recht lebhaft frequentierte Restaurants geben dem Platz ein besonderes Gepräge.

Auf jeden Fall bietet sich hier, nicht nur dem Fremden, der Berlin zum ersten Male sieht, sondern auch dem Einheimischen, der das auf diese Gegend konzentrierte Geschäfts- und Verkehrsleben aufmerksam betrachtet, ein imposantes Bild großstädtischen Lebens und Treibens, aber auch großstädtischen Wirkens und Schaffens.

Aber der Alexanderplatz ist wenig geeignet, um sich dort stillen und mehr oder minder tiefsinnigen Betrachtungen hinzugeben. Sehen wir uns daher einmal diese am Diadukt der Stadtbahn sich entlang ziehende, stille Straße ein wenig näher an.

Die Dirschenstraße!

Wenn irgendwo, dann kann man hier von dieser Straße, besonders in ihrer Beziehung zum Alexanderplatz, sagen, daß die Gegensätze dicht beinander wohnen.

Rechts, in einer langen Reihe von Stadtbahnbögen, ein großes, von zehnfachen Besuchern angefülltes Bier- und Weinrestaurant: „Zum Brälaten!“ Nicht schlecht gewählt, der Name! Die hohen, frommen Herrn Kirchenhirten wußten ja einen guten Tropfen und einen dementsprechenden „Gappen-Pappen“ zu allen Zeiten aufs beste zu würdigen. Drüben auf der anderen Seite der Straße noch ein vornehmeres, aber intimeres Weinlokal. Weiterhin zieht das im echt preussischen „Geheimratsstil“ erbaute Polizeipräsidium unsere Blicke auf sich. Das Hauptportal des unsäglich langweiligen Ziegelsteinbaues ist flankiert von zwei runden Ecktürmen, deren Turmdächer eine auffallende Ähnlichkeit mit den Wimperhauben der vor dem Gebäude umherstehenden Schutzleute haben.

Trotz der im Vergleich zum Alexanderplatz auffallenden Stille ist die Straße doch ziemlich besetzt von Fußgängern, die sich aus der Menschenmenge des Alexanderplatzes in diese Straße hinein absondern. Aber was für Gestalten erblicken wir hier! Einzeln, auch zu zweien und dreien kommen sie an — Männer, zum Teil ärmlich, aber sauber, zum Teil auch zerlumpt und schmutzig gekleidet: Arbeitslose, darunter nicht wenige Obdachlose, die sich nach der Wärmehalle in einem der Stadtbahnbögen begeben. Fast alle mit geflecktem Kopfe, still und schau an der Mauer des Stadtbahnviaduktes entlang schleichend. Auf der anderen Straßenseite Frauen und Mädchen; die meisten auffallend gepußt, mit wallenden bunten Federn oder ungeheuren „Pleurußen“ auf den Hüften. In ihrer Kleidung sind auffallende Farben vorherrschend; viele von ihnen tragen rote, blaue oder grüne Mäntel. Manche gehen tief verschleiert; andere ohne Hut, mit blohem Kopf, dessen sorgfältige, aber auffallende Frisur sorgsam abstricht gegen den schabigen „Allster“ oder gar gegen das ärmliche, sadenscheinige Umschlagetuch, das ihre Blöße bedeckt. Nur wenige haben es unterlassen, ihre Gesichter zu schminken und zu pudern, und noch weniger können es vermeiden, nach alter Gewohnheit feste, herausfordernde Blicke rechts und links zu versenden.

So trippeln sie — die Mehrzahl von ihnen auf hohen, spitzen Absätzen — dahin, dem Polizeipräsidium zu, in dessen weitgeöffnetem, düsterem Portal sie eine nach der anderen verschwinden: — zur „Sitte“!

Einige der durch das Gefegener einer eingehenden „hochnotpeinlichen Verdesituation“ geflüchteten und für den Himmel der kapitalistischen „freien Liebe“ wieder auf einige Tage sanktionierten „Guldbinnen“ verlassen, munter schwärmend, das unbeimliche rote Gebäude. Einer derselben wird von einem jungen Burden, der, die Hände in den Taschen, vor der Wärmehalle steht und neugierig diesem eigenartigen Aufzuge der „Demimonde“ zuschaut, eine Frage zugerufen, die sich jedenfalls auf die Geschäftsergebnisse der vergangenen Woche bezieht. Die Antwort erfolgt mit großer Jungenfertigkeit und freischendem Gelächter, daß es weit hin zu hören ist: „Aha, Willem, det wæstæ doch, wenn de Kittajutsbeija in'n Zirkus Wachsen sind, denn ham wa doch imma ne fette Wochel“

Faschingschnee.

Eine neue winterliche Ueberraschung gab es gestern morgen. Straßen, Plätze und Hausdächer waren mit einer Schneedecke überzogen. In der Nacht zu Mittwoch hatte, nachdem Dienstagabend unfreundliches, kaltes Regenwetter geherrscht, ein Schneefall eingesetzt, der bald Winterlandschaften hervorzauberte. Lange sollte die Herrlichkeit in Berlin jedoch nicht dauern. Der weiße Schnee schmolz gar zu bald und mußte dem üblichen Matsch weichen. Leider sollten infolge der entstehenden Glätte mehrere Unfälle herbeigeführt werden, daß Passanten ausglitten, zu Fall kamen und sich Verstauchungen und Quetschungen zuzogen. Unfälle schwererer Natur sind glücklicherweise nicht vorgekommen.

Die Etatberatung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt in der heutigen Sitzung. Nachdem in voriger Woche der Rämmerer seine Etatrede gehalten hat, werden heute die Redner der einzelnen Fraktionen das Wort nehmen. Außer dem Etat stehen auch noch eine Anzahl anderer wichtiger Vorlagen auf der Tagesordnung.

Neue Automobilverbindung Wedding-Zentrum-Görlitzer Bahnhof. Eine Automobilverbindung zwischen dem Norden, dem Zentrum und dem Südosten von Berlin richtet die Allgemeine Omnibus-Aktiengesellschaft am Sonnabend, den 28. Februar, ein. Sie verbindet den Wedding mit dem Kettelbeckplatz, dem Rosentaler Tor, dem Alexanderplatz, dem Moritzplatz, dem Dranienplatz und dem Görlitzer Bahnhof. Die neue Verbindung kommt dadurch zustande, daß die Automobillinie 24 Görlitzer Bahnhof—Brunnenstraße nach dem Wedding verlängert wird. Sie wird weitergeführt durch die Brunnen-, Volta-, Hufiten-, Wiesen-, Hoch- und Geriatsstraße, über den Kettelbeckplatz, die Reinickendorfer, Scherer-, Mar-, Utrecht-, Malplaquet- und Seestraße bis zur Ecke der Müllerstraße.

Theatervereine und Lustbarkeitssteuer.

Vor einigen Wochen ergingen an die Theatervereine von der Steuerdeputation des Magistrats Aufforderungen, Material zu liefern, um diese zur Lustbarkeitssteuer heranzuziehen zu können. Infolgedessen traten die drei Korporationen: Verband der Privat-Theatervereine Deutschlands E. V., Deutscher Arbeiter-Theaterbund und die Vereinigung der Theatervereine Groß-Berlin E. V. zusammen, sandten eine ausführlich begründete Denkschrift an die Steuerdeputation, Magistrat und die Fraktionen der Stadtverordneten und berieten am Montag, den 23. Februar nach den Rufikerfäden, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, eine öffentliche Protestversammlung ein, welche von weit über 800 Personen besucht und ein großer Teil der Besucher wegen Ueberfüllung umstehen mußten.

Der von den Korporationen bestellte Referent Fretter gab eine überschüssige Darstellung der Sachlage und führte u. a. aus, daß für die Theatervereine keine gesetzliche Verpflichtung besteht, der Steuerdeputation Material zur event. Erhebung der Steuer zu geben. Die Steuerbehörde zieht ein ergangenes Oberlandesgerichtsurteil an, welches für die Vereine den Begriff der Oeffentlichkeit konstruiert, wenn zu den Vergnügungen derselben auch Freunde und Bekannte Zutritt haben und ein Verkauf von Eintrittskarten stattfindet. Diese Auffassung der Steuerdeputation, daß hierin ein Begriff der Oeffentlichkeit vorliegt, erscheint aber mit Rücksicht auf die bisherige Rechtsprechung der bei den höchsten Instanzen, des Oberverwaltungsgerichts und des Kammergerichts, rechtskräftig. Das Oberverwaltungsgericht hat z. B. in einer Entscheidung, die allerdings bereits vom 24. September 1888 datiert, ausgeführt, daß die Einführung und das Mitbringen von Gästen gestattet ist und daß unter Gästen solche Personen verstanden werden, die in irgendwelchen persönlichen Beziehungen zu den sie einführenden Vereinsmitgliedern stehen. Denselben Standpunkt nimmt auch ein Ministerialerlaß des preussischen Ministers des Innern ein.

Bezüglich der Frage der Erhebung des Eintrittsgeldes läßt sich das Oberverwaltungsgericht in einer Entscheidung vom 13. November 1908 aus, in der gesagt ist, daß eine Polizeiverordnung, welche die von einem Verein oder einer Gesellschaft getroffene Veranstaltung als eine öffentliche erklärt, wenn vor oder in den Räumen bzw. an den Eingängen oder in der Nähe derselben Eintrittsgeld erhoben wird, rechtmäßig ist. Die Erhebung des

Eintrittsgeldes bildet an sich kein Tatbestandsmerkmal der Oeffentlichkeit einer derartigen Veranstaltung. In demselben Sinne hat auch das Kammergericht vom 22. April 1901 entschieden. Die Theatervereine sind in allen Fällen auf den durch die angezogenen Entscheidungen bestimmten Personenzreis begrenzt. Daß die Steuerbehörde auf Grund des Oberverwaltungsgerichtsurteils die Veranstaltungen der Vereine als öffentlich betrachtet, ist auch insofern ein rechtsirriger Standpunkt, als dieselben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen einer geschlossenen Gesellschaft stattfinden. Würde den Vereinen eine Oeffentlichkeit nachgewiesen werden können, so würde die Existenz derselben in Frage gestellt und die Steuerbehörde erhielte von den Vereinen auch keine Steuern. Bei Aufhören der Vereine würden aber noch Tausende von Gewerbetreibenden, welche im ständigen geschäftlichen Verkehr mit den Theatervereinen stehen, weniger steuerkräftig werden, weil sie durch die Vernichtung der Vereine eine nicht unerhebliche Einbuße in ihren Einnahmen erleiden würden.

Nach den Verhandlungen bei Einführung der Steuer wurde sowohl in der Kommission wie im Plenum der Stadtverordnetenversammlung darauf hingewiesen, daß die Vergnügungen des kleinen Mannes nicht getroffen werden sollen, sondern lediglich die Kinos, Varietés und die öffentlichen Kauztheater, die Vereine aber, als die Vergnügungsmitteln der minder bemittelten Bevölkerung davon ausgenommen bleiben. Demnach widerspricht das Vorgehen der Steuerdeputation den feinerzeit von den Magistratsvertretern gegebenen Zusicherungen, die zweifellos auch für einen erheblichen Teil der Stadtverordneten bei der Abstimmung ausschlaggebend gewesen sind.

Die Ausführungen des Referenten fanden großen Beifall und äußerten sich sämtliche Diskussionsredner in demselben Sinne, daß man die Angelegenheit bis zu den höchsten Instanzen durchkämpfen müßte.

Die folgende darauf eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

Die von den Korporationen: Verband der Privat-Theatervereine Deutschlands E. V., Deutscher Arbeiter-Theaterbund und der Vereinigung der Theatervereine Groß-Berlin E. V. eingeladenen, heute in den Rufikerfäden versammelten Vertreter von Hunderten von Berliner Theatervereinen protestieren ganz entschieden gegen das Vorgehen der Berliner Steuerbehörde. Die Forderung, daß die Theatervereine Lustbarkeitssteuer zahlen sollen, widerspricht dem Willen der Stadtverordnetenmehrheit, die mit dieser Steuer die Bildungs- und Unterhaltungsvereine der Reichshauptstadt nicht treffen wollten.

Wie schon in der Eingabe der Korporationen an die Steuerdeputation herangezogen ist, kann unter keinen Umständen zugegeben werden, daß die Theatervereine öffentliche Aufstellungen veranstalten, und daß daher eine Steuerpflicht vorliegt. Die Theatervereine Berlins werden aufgefordert, jede weitere Wagnahme der Steuerdeputation der von den Verbänden gebildeten Kommission (zu Händen des Herrn Karl Reitschlag, Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 216) mitzuteilen.

Die Verbände sind gewillt, diese Wagnahmen mit allen Mitteln bis zu den höchsten Instanzen zu bekämpfen.

Vom Dache gestürzt.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag im Hause Reuenburger Straße 10. Dort war ein Schornsteinfeger auf dem Dache bei der Arbeit, als er plötzlich infolge der Glätte abwärts und mit schweren inneren sowie äußeren Verletzungen auf dem Hofe liegen blieb. Er wurde mittels Automobils der Feuerwehr nach dem Urbankrankenhaus gefahren.

Großfeuer in der Panoramastraße.

Ein überaus gefährlicher Brand kam gestern nachmittag gegen 1 Uhr in der Panoramastraße 2 am Bahnhof Alexanderplatz zum Ausbruch. Das Feuer hatte seinen Herd im ersten Stock des Quergebäudes in den Lagerräumen der Wolfwarenfabrik von Louis Fürstenthal (Inhaber Adolf Rosenwald). Als der erste Löschanzug eintraf, hatten die Flammen schon das gesamte Lager der Firma erfaßt und in wenigen Augenblicken war der enge Hof des Grundstücks in unübersichtlichen Qualm gefüllt. Unter den zahlreichen Mietern des großen Schauhales entstand große Aufregung, da der erstickende Rauch bald auch in die Wohnungen einbrang. Der leitende Brandoffizier zog daher durch die Rachmeldung „Mittelfeuer“ noch weitere Löschzüge zur Unterstützung heran. An den Fenstern nach der Straße zeigten sich mehrere gefährdete Personen, die um Hilfe riefen. Es drohte eine Panik auszubrechen. In der Panoramastraße wurden sofort zwei mechanische Leitern errichtet, über die hinweg Feuerwehrmänner in die Wohnungen einstiegen, um die geängstigsten Leute zu beruhigen und von übereilten Schritten zurückzuhalten. Von den Sappeuren wurden zwölf Personen, Erwachsene und Kinder, über die Haupttreppe in Sicherheit gebracht. Verletzungen hat niemand erlitten. Gleichzeitig traten mehrere Dampf- und Motorspritzen in Tätigkeit, die sechs Schlauchleitungen speisten. Der Löschangriff erfolgte von den Treppen des Vorderhauses und von unten heran aus, die im Hof in die Fenster eingehakt wurden. Während gewaltige Wassermengen in die brennenden Lagerräume des ersten Stockes geschleudert wurden, schlugen andere Mannschaften fast in allen Etagen die Fenster ein, um für den Abzug des Qualms zu sorgen. Der enge Hof war durch die Rauchwolken derart verfinstert, daß die Feuerwehr Magnesiumfackeln anzünden mußte. Das Feuer durchschlug auch die Decke des zweiten Stockes im Quergebäude und rietete dort erheblichen Schaden an. Auch die Treppen des rechten Seitenflügels wurden vom Feuer ergriffen und zwischen dem ersten und zweiten Stock ist das Treppengelände vollständig verbrannt. Die Hitze ist so stark, daß das Mauerwerk in großem Umfange abbröckelte. Die Brandstelle war von einer großen Menschenmenge umlagert, die von einem Schutzmannaufgebot in Ordnung gehalten wurde. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts ermittelt.

Jagow und die Schutzleute.

Die Vereinigung Berliner Schutzmänner hat nach dem Verbot durch den Polizeipräsidenten v. Jagow zwar zu bestehen aufgehört, doch haben die Begründer und deren Freunde kein Mittel unversucht gelassen, um doch noch zum Ziele zu gelangen. Sie folgen dem Beispiel der Berliner Feuerwehrmänner, die schließlich nach langem Ringen die Genehmigung zur Organisation erhalten haben. Der Syndikus der Feuerwehrmänner hat es auch übernommen, die Rechte der verbotenen Schutzmännervereinigung wahrzunehmen. Er hat zunächst wegen des Jagowischen Verbots eine Beschwerde an den Minister des Innern getätigt. Diese Beschwerde ist jetzt ohne jede nähere Begründung zurückgewiesen worden. In den nächsten Tagen wollen die Vertrauensmänner mit ihrem Rechtsbeistand die weiteren Schritte beraten, um die Begründung der Vereinigung, von der sie trotz der Verordnungen nicht abzugehen gedenken, durchzusetzen.

Als „Kriminalbeamter der Nordkommission“ hat ein Gauner einer harmlosen Frau in der Oberberger Straße einen nicht ganz

Reichstag.

221. Sitzung. Mittwoch, den 25. Februar 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Wackerzapp.

Aus dem Etat des Reichsamts des Innern beantragt die Budgetkommission den noch nicht erledigten Titel betreffend Neubau für das zu errichtende Reichsarchiv zu streichen.

Das Haus tritt diesem Antrag bei.

Es folgt die zweite Beratung des

Etats für das Reichseisenbahnamt.

Abg. Hasenzahl (Soz.):

Die vor zwei Jahren vom Reichstag verlangte Denkschrift über die Wirkungen des Staatsbahnwagengerates ist uns noch immer nicht vorgelegt worden.

Wenn Preußen sein Uebergewicht den anderen Bundesstaaten gegenüber zur Geltung bringe. (Hört! hört! bei den Soz.) Das zeigt wieder, daß die Interessen des Verkehrs wirklich nur gewahrt werden können, wenn man allmählich zum Uebergang der Bahnen auf das Reich gelangt.

Der Gedanke einer Reichseisenbahngemeinschaft hat auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung. Die Erfahrungen, die wir in Bayern mit der Güterwagengemeinschaft gemacht haben, kann auch in keiner Weise das Sehnen nach einer allgemeinen Reichseisenbahngemeinschaft werden.

Abg. Schwabach (natl.):

Man soll doch die Bedeutung des Reichseisenbahnamtes nicht unterschätzen. Ich erinnere an den Ausspruch unseres früheren Kollegen Senger, daß wenn das Reichseisenbahnamt nicht existierte, es geschaffen werden müßte.

Abg. v. Voehn (Z.)

Schildert Unzulänglichkeiten, die sich bei der Versendung von Vieh mit der Eisenbahn ergeben.

Abg. Haas (Rp.):

Wir sind noch weit entfernt von dem Ziel, daß unsere Eisenbahnen so verwaltet werden, als ob sie ein einheitliches Reg. wären. Unter Umständen wird der Verkehr durch die Konkurrenz direkt gefährdet.

Konservativen sind ja deshalb gegen Reichseisenbahnen, weil sie fürchten, daß damit Preußen die Rolle eines Schuttdammes gegen die süddeutsche Demokratie verlieren würde.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp:

Herrn Abg. Hasenzahl möchte ich bemerken, daß die Frage der Entlassung eines Eisenbahnarbeiters in Breslau das Reichseisenbahnamt nichts angeht, ebenso die Herabsetzung der Bezüge der preussischen Lokomotivführer.

Abg. Speß (Z.):

Der Gedanke einer Reichseisenbahngemeinschaft hat auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung. Die Erfahrungen, die wir in Bayern mit der Güterwagengemeinschaft gemacht haben, kann auch in keiner Weise das Sehnen nach einer allgemeinen Reichseisenbahngemeinschaft werden.

Hiernach verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluss 6/4 Uhr.

Der Streikbrecheragent Keiling

vor den Geschworenen.

Telegraphischer Bericht.

Leitmeritz (Böhmen), den 25. Februar.

Die Verhandlung gegen den Streikbrecheragenten Paul Keiling, der am 1. Februar den Maschinenmeister Solinger, den Tarifvertrauensmann der Leitschener Buchdrucker, erschoss, begann am heutigen Vormittag vor dem hiesigen Schwurgericht unter ungeheurem Andrang.

Der Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Langeker, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Esler u. Koetke. Die Verteidigung des Angeklagten führt der Leitmeritzer Advokat Dr. Emanuel Glaesner.

Berechnung

Aber seine Personalfälle gibt der Angeklagte an, daß er geleiteter Schlosser sei, seit einer Reihe von Jahren aber als Streikbrecheragent tätig sei.

Die Vergehen und Verbrechen zu 8, 4, 5, 6, 7, 8, 14 sind in Hannover, die zu 9, 10, 13, 15 zu Hamburg, das zu 12 aufgeführte in Stade, die übrigen in Berlin abgeurteilt.

Table with 2 columns: Year (1895-1912) and Description of crimes (e.g., Körperverletzung, Betrug, Diebstahl).

Der Angeklagte Keiling erklärt hierzu, daß die Strafe in Stade wohl aus mehreren anderen Strafen zusammengezogen worden und daß er im übrigen wiederholt begnadigt sei.

*) Diese Strafe hat Keiling wegen Nötigung, verübt durch unberechtigte Anredelung eines Unschuldigen erhalten, und zwar als Polizeiaгент; das hat Keiling, wie sich unsere Leser aus dem Gerichtsberichte gegen den Glasbläser Steinborn vom 15. Januar entnehmen werden, als Zeuge eiblich zugegeben.

gemeinen Nord

vor und bemüht sich nachzuweisen, daß von einer Notwehr keine Rede sein könne.

Dann folgt die

Berechnung des Angeklagten zur Sache.

Gegenüber der Beschuldigung in der Anklageschrift sagt er: Schon als ich nach Leitschen gekommen war, wurde ich von Streikposten mit den Worten begrüßt: „Du Hund, Du sollst keinen Streikbrecher mehr nach Leitschen bringen.“

Bermittlung von Streikbrechern ein Gewerbe?

Angekl.: Jawohl. Die Verbände haben mich aus jeder regelmäßigen Arbeit herausgedrängt. Jetzt arbeite ich nur noch bei Streiks und stehe in einem festen Verträge mit dem Arbeitgeberkassenverband.

Es werden die Gutachten der ärztlichen Sachverständigen über die Untersuchung des Angeklagten Keiling nach seiner Verhaftung verlesen. Die Ärzte haben zwei kleine Schnarzen über den beiden Schultern festgestellt, die den Eindruck machten, als ob Keiling mit einem Stock oder Gummischlauch von hinten oder in gebückter Stellung zweimal geschlagen worden sei.

Zu der Zeugenberechnung

wird als erster Zeuge der Buchdrucker Richard Hinz vernommen, der von Keiling als Arbeitswilliger nach Leitschen gebracht worden war. Der Zeuge gibt an, daß, als er auf dem Bahnhof in Bodenbach aufgestiegen war, er von den Streikenden am Armel gepackt sei und daß man ihn angesprochen habe mit den Worten: „Der Kollege, kommen Sie doch zu uns!“

und 40 Sekunden später trachte der Schuß. Ob Keiling in der Küche angegriffen oder geschlagen worden ist, kann ich nicht angeben. Solange ich Keiling beobachten konnte, habe ich nicht gesehen, daß der geschlagen wurde.

Zeuge Schriftleiter Schwabe schildert eingehend die Anstrengungen, die von den Streikposten gemacht wurden, um mit dem arbeitswilligen Hinz in einen Verkehr zu kommen.

Wochen habe Keilung sofort den Revolver herausgeholt und ge-
brocht, er werde schießen. (Er Zeuge) sei darauf ans Telefon ge-
sprungen und habe die Polizeiwache angerufen; es müsse sofort ein
Schutzmann kommen, weil sonst ein Unglück passieren könne. Als
er zurückkam, habe er den Solinger schon erschossen vorgefunden. —
Ber. Dr. Glueckner: Sie sollen sich ebenfalls auf Keilung begeben
haben. — Zeuge: Nein, davon ist kein Wort wahr. Keiner von
uns hat Keilung angerührt, Keiner hat ihn auch nur angeprochen,
denn mit einem solchen Menschen redet man doch nicht. Wir
haben uns lediglich an Ding gewendet und das war unser gutes
Recht, weil Keilung eine Menge Streikbrecher unter betriebsfremden
Vorprüfungen nach Zeitschen gebracht hatte. Wir mußten nun
alles daran setzen, mit diesen Kollegen in ein ruhiges Gespräch zu
kommen und sie aufzuklären.

Zeuge Buchdrucker Woczkowksi sagt aus, daß sogleich nachdem
einige Buchdrucker an Ding herangetreten waren, Keilung den Re-
volver zog. Daraufhin rief Schwabe laut, er würde die Polizei
holen, so daß Keilung genau wußte, binnen weniger Augenblicke
würde ein Schutzmann erscheinen. Von irgendeiner Notwehr könne
daher keine Rede sein. Auf eine Frage, wie der erschossene So-
linger in den Besitz eines Gummigrieffs gekommen sei,
erwidert der Zeuge Woczkowksi, Solinger habe am Samstagabend
vorher an einem Mastenball teilgenommen, und zwar in der Ver-
kleidung eines englischen Polizisten. Als solcher habe er einen
Gummigrieff bei sich geführt und ihn im Ehezug benützt. Am
nächsten Sonntagmorgen, als Keilung auf ihn schoß, habe Solinger
den Gummigrieff überhaupt nicht aus der Tasche herausgenommen.
Erst nachdem Keilung erschossen hatte, habe man dem Solinger auf
seinen Wunsch den Gummigrieff aus der Tasche gezogen.

Zeuge Buchdrucker Herbst hat mit den Händen in der Tasche
dabeigehenden, als Keilung den Solinger bedrohte. Er bestreitet
ganz entschieden, daß Keilung in irgendeiner Weise von den aus-
gesperrten Buchdruckern bedroht worden sei.

Zeuge Richter Richter hat den Angeklagten Keilung und seinen
Begleiter Ding vom Bahnhof Bodenbach nach Zeitschen gefahren.
Als die Streikposten ihnen in einem Wagen nachfuhren, habe
Keilung gesagt, wenn ihm jemand zu nahe komme, werde er Feuer
geben. Dabei habe er seinen Revolver aus der Tasche gezogen
und ihm (dem Zeugen) vorgehalten. Er habe eine Krone dafür
geboten, nur recht rasch zu fahren, um von dem Streikposten nicht
überfallen zu werden. Der Zeuge Richter behauptet aber, er sei
gar nicht rasch gefahren, weil keine Gefahr vorhanden ge-
wesen sei.

Zeuge Gendarmewachmeister Kohl kam am Morgen des
8. Februar am Hotel „Stadt Prag“ vorbei, als die Polizei gegen
Keilung zu Hilfe gerufen wurde. Keilung drohte mehrmals mit
seinem Revolver. Keilung flüchtete über in die Küche und, ehe der
Zeuge eingreifen konnte, kroch in der Küche bereits der Schutz.
Der Zeuge fand den Solinger bereits am Boden liegend vor.
Keilung stand zwei Schritt davon mit dem Revolver in der Hand
und sagte ganz ruhig und gelassen: „Ich habe ihn erschossen, weil
er mich angefallen hat.“ Keilung sei in keiner Weise verwirrt ge-
wesen, so daß der Zeuge es für nicht glaubhaft hält, daß Keilung

angegriffen und von den ausgesperrten Buchdruckern bedroht
worden ist. Auf eine Frage des Anklägers Rechtsanwalt. Kappf-
macher erwidert der Zeuge, daß während der ganzen vierwöchigen
Aussperrung der Buchdrucker die Polizei oder die Gendarmen
niemals auch nur die geringste Veranlassung gehabt hätten, irgend-
wie gegen die streikenden oder ausgesperrten Buchdrucker vor-
zugehen.

Zeuge Hausmeister Anton Binler hat die von Keilung ge-
liefernten Streikbrecher für die Buchdruckereibitzer auf dem Boden-
bacher Bahnhof abgeholt. Entgegen der Verteidigung des An-
geklagten Keilung bestreitet er ganz entschieden, daß auf dem
Bodenbacher Bahnhof die Arbeitswilligen von dem Streikposten
irgendwie belästigt worden wären. Im Falle des Arbeitswilligen
Ding sei das um so mehr unmöglich gewesen, als Keilung und
seine Begleiter drei Personen, die Streikposten aber nur zwei
Personen waren. Während der Fahrt von Bodenbach nach
Zeitschen habe Keilung den Revolver herausgenommen und gesagt:
„Wer mir sunnig kommt, den schieße ich tot.“ (Er der Zeuge)
habe ihm darauf erwidert: „Solange ich dabei bin, wird das nicht
geschehen. Wenn Sie allein sind, können Sie machen was Sie
wollen.“ Keilung sei dabei sehr aufgeregt gewesen. — R. A.
Ansprüchlicher: Angeklagter Keilung, wie steht es denn eigentlich
mit Ihrer Prostitution für den Fall, daß ein Arbeitswilliger sich
überreden ließ, Solidarität zu üben? — Angekl.: Dann hätte ich
nicht nur meine Prostitution verloren, sondern hätte die daren Aus-
kosten draußigen müssen. — R. A. Ansprüche: Was! Das er-
wartet Ihre Aufregung zur Genüge.

Zeuge Buchdrucker Hampel führt die große Aufregung Keilungs
darauf zurück, daß es am Abend vorher ausgesperrten Buchdruckern
gelungen sei, von Keilung gelieferte Streikbrecher zu bewegen,
wieder nach Deutschland abzureisen. Offenbar habe Keilung ver-
sichert, man würde auch den Ding überreden, wieder abzureisen,
wenn man ihm nur das Reisegeld vergütete. Als Solinger auf
Ding einredete, habe Keilung sofort seinen Revolver aus der Tasche
gezogen. Der Zeuge hielt daher die Situation sofort für gefähr-
lich und kündigte an, daß er die Polizei holen würde. Er sei zu
diesem Zweck hinausgelaufen. Während der ganzen Zeit habe kein
Mensch den Keilung angerührt oder auch nur damit gedroht. —
Berl.: Ist das richtig, Angeklagter? — Angekl.: Das ist alles er-
funden. (Heiterkeit im Zuschauerraum.) Wenn die Zeugen so
etwas sagen, dann verteidige ich mich überhaupt nicht mehr. Wenn
dann noch das Publikum in dieser Weise wild wird, dann regt
mich das auf. — Berl.: Bleiben Sie nun ruhig, mit den Zuhörern
haben Sie gar nichts zu tun.

Zeuge Buchdrucker Gostlieb vorn gibt eine Darstellung der
Vorgänge, die zur Erschießung des Solinger geführt haben. Als
der Zeuge erzählt, daß Solinger, nachdem er zu Boden gesunken,
die herumstehenden Buchdrucker gebeten hat, für seine Frau und
seine Kinder zu sorgen, bricht er in Tränen aus. Der Zeuge hat
auch auf dem Bahnhof in Bodenbach als Streikposten gestanden
und ist dem Keilung, der in der Begleitung des Ding und des
Zeugen Binler sich befand, nach Zeitschen gefolgt. Er bestreitet
mit aller Entschiedenheit, daß er oder die Buchdrucker, die mit ihm

zusammen Streitposten standen, den Keilung irgendwie bedroht
hätten. — Angekl.: Der Zeuge hat es leicht, sich jetzt zu entschuldigen.
Aber er ist es gewesen, der mir im Gesicht geschickt hat
und der am Sonntag morgen im Hotel „Stadt Prag“ den Solinger
immer vorwärts schob und sich hinter ihm versteckt hat. Der Zeuge
hat den Solinger auf dem Geviessen. — Zeuge vorn: Ich bestreite
mit der alleräußersten Entschiedenheit, daß diese Darstellung des
Angeklagten richtig ist. Es ist dies der letzte Verzweiflungsdurch
des Angeklagten, die Sache auf einen anderen abzugeben.

Bei dem nächsten Zeugen, dem Gastwirt Rehnel, sind Keilung
und Ding zuerst in Zeitschen eingeleitet. Sie haben sofort verlangt,
auf ihr Zimmer geführt zu werden und dort habe Keilung sofort
seinen Revolver auf den Tisch gelegt und gesagt: „Mir soll nur
einer von den Buchdruckern herauskommen, dem befrage ich es.“
Der Zeuge suchte den Keilung zu beruhigen, aber Keilung habe
nicht bleiben wollen, sondern sei umgezogen. Der Zeuge hatte den
Eindruck, daß Keilung in aufgeregter und leidenschaftlicher Stim-
mung war. — Angekl.: Ich hatte den Eindruck, daß der Wirt mit
den Streikenden unter einer Decke steckte. — Zeuge: Selbstverständ-
lich hätte ich für die Sicherheit meiner Gäste absolute Gewähr
geleistet. Ich habe mir lange überlegt, ob ich die Drohungen
Keilungs mit dem Revolver der Polizei melden sollte. Aber ich
habe es für klüger gehalten, überhaupt nichts davon zu sagen, weil,
wenn das herausgekommen wäre, die Buchdrucker nur noch auf-
geregter geworden wären. — Berl.: War Ding auch aufgeregter?
— Zeuge: Nein, von Ding habe ich so gut wie nichts gemerkt, er
war nur ein Willkürer.

Zeugin Julie Wehnisch ist Köchin im Hotel „Stadt Prag“. Als
sie den Wirt in der Gaststube hörte, wollte sie die Küchentür ab-
schließen, damit die Streikenden nicht zu ihr in die Küche kämen.
Als sie das tun wollte, sei Keilung mit gezogenem Revolver auf sie
zugekommen, so daß sie in die äußerste Ecke der Küche flüchtete.
Unmittelbar darauf hätten die dem Keilung verfolgenden Buch-
drucker die Küche betreten. — Berl.: Hat Keilung gezielt, als er
schoß? — Zeugin: Ob er gerade auf Solinger gezielt hat, weiß ich
nicht. Aber er hat den Revolver gerade auf die Buchdrucker ge-
richtet. — Berl.: Können Sie mit absoluter Gewißheit aus-
sagen, daß Keilung in der Küche mißhandelt oder bedroht worden
ist? — Zeugin: Das ist ganz ausgeschlossen, das hätte ich sehen
müssen. — Berl.: Keilung, was sagen Sie zu dieser Aussage? Haben
Sie in Notwehr gehandelt? — Angekl.: Nein, in Notwehr habe ich
nicht gehandelt. Ich habe überhaupt nicht geschossen, es hat jemand
mich am Arm gepackt und da ist die Waffe von selbst losgegangen.
— Berl.: Sie haben unmittelbar vorher angezündet, Sie würden
schießen. — Angekl.: Nein, das habe ich nicht getan. Ich habe nur
gesagt, ich würde von der Waffe Gebrauch machen, wenn man mich
nicht loslasse. — Berl.: Das scheint doch aber darauf hinzudeuten,
daß Sie den Schuh mit Willen abgesetzt haben.

Die weitere Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt. Auch
das Urteil ist am Donnerstag zu erwarten.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreise,
Bezirk 138.

Am 24. Februar verstarb unser
Mitglied

Ferdinand Wichmann

60 Jhr. 97.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nachm.
4 Uhr, von der Halle des Jakob-
Kirchhofes, Hermannstr., aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Holz-
industriearbeiter

Ferd. Wichmann

am 23. d. Mts. im Alter von
56 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakob-Kirch-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreise,
Bezirk 504.

Am Sonntag, den 22. Februar,
verstarb unser Genosse

Emil Kolms

Wöllner Straße 99.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
nördlichen Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederharnim.

Bezirk Lichtenberg.
Nachruf.

Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Restau-
rateur

Johann Spelida

verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
14/8 Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Anteilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Vaters
Hugo Becker
sagt ich allen Freunden und Be-
zirksmitgliedern, sowie dem Vorstand
der Arbeiter- und Bauarbeiter- und den
Kollegen der Firma Hponal meinen
herzlichsten Dank.
10006
Paul Becker, Schneider.

Karl Grüneberg

Am 23. d. Mts. morgens 6^{1/2} Uhr,
verstarb nach kurzem, schwerem
Leiden mein innigstgeliebter Mann,
der Volkremermeister
Karl Grüneberg
im Alter von 40 Jahren.
Dies zeigt tief betrübt an im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
witwe Frau Johanna Grüneberg geb.
Cielch.
Die Trauerfeier findet am Donnerstags
nachts 1^{1/2} Uhr im Rummel-
burger Krankenhaus, Schlacht-Allee,
statt und die Beerdigung erfolgt
am 27. Mts. auf dem Friedhofe zu
Friedrichsfelde-Karlshorst, an der
Trenk-Allee.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Adlershof.**

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse

Karl Naue

am 21. Februar, nach langem
schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des hiesigen Friedhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter

Karl Naue

Waldstr. 10,
am 21. d. Mts. an Krebsleiden
im Alter verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeindefriedhofes
in Wilmersdorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.**

Am 24. Februar starb unser
Mitglied, der Maurer

Karl Wiese

(Bergl. Osten 1).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. Februar,
nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der
Halle des St. Georgen-Friedhofes,
Landsberger Allee, aus statt.
141/2 **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler

Gustav Fischer

Grünhaldenstr. 13
im Alter von 49 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Februar, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Halle
des alten St. Pauli-Kirchhofes
in der Seebrunnstr. aus statt.
88/19 Die Ortsverwaltung.

Julius Wawrzinek.

Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.
**Die Arbeiter der Pianofabrik
von H. Matz & Co.**
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Reinickstr., Hermannstr., aus
statt.

Hugo Ahner

Berlin, Wasserl. 18,
im 61. Lebensjahre verstorben ist.
Dies zeigen hermit an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. März, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Simons-Kirchhofes, Marienburger
Berg, aus statt. 10028

NESTLE
Allbewährte Nahrung
für Kinder und Kranke

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Die Oblente und Hauskassierer machen wir
darauf aufmerksam, daß in dieser Woche die Ausgabe des
Merkmalverzeichnisses und der Grundsteine in allen Bezirken
erst am Freitag stattfinden kann, da dann die Lieferung des
Materiale zur Arbeitslosenkontrolle erst möglich ist, daß mit
dieser Grundsteinverbreitung an die Mitglieder abgegeben
werden soll.
Die Kontrolle selbst soll am 2. März beginnen.
Der Zweigvereinsvorstand.

SEktion der Stuffedreuer.

Montag, den 2. März 1914, abends 8 Uhr, bei Witke,
Zedakstr. 39:

Verammlung

Tagesordnung:
1. „Die Arbeitsvermittlung in unserem Verufe und
wie kann sie geregelt werden?“ Referent: Kollege Leuthold.
2. Gemeindefestung.
Gekräftigte Beteiligung erwartet
Die Sektionsleitung.

Verammlung

Montag, den 2. März 1914, abends 8 Uhr, bei Witke,
Zedakstr. 39:
Tagesordnung:
1. „Die Arbeitsvermittlung in unserem Verufe und
wie kann sie geregelt werden?“ Referent: Kollege Leuthold.
2. Gemeindefestung.
Gekräftigte Beteiligung erwartet
Die Sektionsleitung.

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**

Bureau: Weiskirchstr. 28, part. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Naderstr. 9.
Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 0708

Freitag, den 27. Februar, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelafer 15:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Die innere Gestaltung der Filiale Berlin. 2. Diskussion. 3. Abrechnung über den Vorjahresabschluss.
Begen der wichtigen Tagesordnung muß ein jeder Kollege erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß der Lohn am 1. März um
1 Pf. steigt, also 73 Pf. beträgt.
Die Arbeitszeit ist vom 1. März täglich 9 Stunden.
Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, (gegen am
Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12)

**Gegehühner 1913er
Frühbraten.**

Reichliche Eierleg. Farbe a. Wunsch,
herausl. unterl., gar. geland. m.
Calc. 78 St. 45 St. 31 St. 27 St.
5 St. 14 St. Verkaufsbef. Hdb.
Berlin, Lichtstr. 104. Tel-
dorfer Straße 30.

**Glumen- und Kranzbindererei
von Robert Meyer,**

Inb.: P. Gollets
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 346

**Zentral-Verband der Töpfer
und Berufsgenossen Deutschlands.**

Filiale Groß-Berlin.
Freitag, den 27. Februar, abends 6^{1/2} Uhr, im Lokal
von Paul Obiglio (früher Keller), Kopenstr. 29:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 4. Quartal 1913 und Diskussion
über den Jahresbericht des Gesamtvorstandes.
2. Diskussion über die in den Bezirken aufgestellten Kandidaten zu dem
Vorkondukte, den Revierposten, den Arbeitsnachweisführern und zur Lohn-
kommission.
3. Verlesenen.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Johreihen Besuch erwartet Der Vorstand.

Die Arbeitslosenkontrollstelle für Wilmersdorf
befindet sich wieder von heute ab bei Zeltke, Branden-
burgische Str. 69. D. D.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschlands.**

Geschäftsstelle Groß-Berlin.
Engelafer 15. Tel.: Amt Moritzplatz 13261.

Einladung

zu der am Sonntag, den 1. März, in den Andreas-Becksälen,
Andreasstr. 21, stattfindenden

Ordentlichen General-Verammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Verwaltung und der Kommissionen. 2. Wahl eines
Revisors. 3. Anträge. 153/6
Es ist wünschenswert, daß jeder Kollege in der Versammlung zu er-
scheinen. Sonstige Mitglieder legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

**Große, helle Räume
zu vermieten.**
Die bisher von der Wigen, Orth-
Frankenstraße Nr. Berlin-Übersee-
straße bezugten Büroräume im
Haus Siemensstr. 13 I sind im
ganzen oder geteilt sofort oder später
billig zu vermieten.
Auskunft durch den Vorstehenden,
Gernu Restaurateur Schneider, Na-
mensstraße 21.

Spezialarzt
Dr. med. Wockensfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Beru-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8-11, Sonntags 9-11
Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.